

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.40, vierteljährlich 7.20, halbjährlich 13.80, jährlich 26.40. Ausland 3.00 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Kultur- und Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Welt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Zukunft' erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzahl 80 Pfennig, Reklamezeile 5. - Reichsmark. 'Mein Anzeigen' das letzte Heft 25 Pfennig (außer zwei letzte Heft 10 Pfennig), jeden weiteren 10 Pfennig. Stellenanzeige das erste Heft 10 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Kassieren für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 8. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin SW 68. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 49. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW. 68.

Die Untersuchung gegen Keudell.

Die Achterklärung gegen v. Tresckow. - Der Panzerzug gegen Bärwalde. - Die Kapp-Versammlung beim Grafen Finkenstein.

WIB. meldet:

Erfolgt anders lautenden Mitteilungen der heutigen Presse hat der Herr Reichskanzler nicht erst heute, sondern bereits am vergangenen Sonnabendnachmittag in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit seiner öffentlichen Erklärung während der Reichstags-Sitzung vom Herrn preussischen Minister des Innern die Personalien des Herrn Reichsministers des Innern v. Keudell eingeleitet. Die Verhandlungen werden nach Eingang dieser Akten mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Unrichtig ist ferner, daß seitens der Reichsregierung eine außerordentliche Kabinetts-Sitzung Persönlichkeiten mit der Führung der Untersuchung beauftragt werden sollte. Vielmehr beabsichtigt der Herr Reichskanzler, die Untersuchung persönlich durchzuführen.

Sobald das Ergebnis zu übersehen ist, wird es der Herr Reichskanzler den in Betracht kommenden Stellen unterbreiten.

Die Rechtspreffe, die von der Verleumdung ihrer politischen Gegner lebt, schreibt über 'persönliche Hege' des 'Vorwärts' gegen den deutschnationalen Reichsinnenminister v. Keudell. Dabei hat sie bisher kaum den bescheidensten Versuch gemacht, unsere Behauptungen über das politische Vorleben des neuen Innenministers - nur um diesen handelt es sich - zu entkräften. Die Deutschnationalen werden auch schon gestatten müssen, daß sich die Opposition für die Frage interessiert, ob sich der von ihnen präsentierte Schlichter der Verfassung durch sein bisheriges politisches Verhalten als zu seinem Amt geeignet erwiesen hat.

Die Antwort auf diese Frage wächst sich aber jeden Tag mehr für Herrn v. Keudell und seine Freunde zur Katastrophe aus. Jeht gefüllt sich zu den bisherigen Anklagen auch noch der rechts gerichtete, aber die Außenpolitik der Regierung stützende Jungdeutsche Orden, der in seinem Organ unter der Überschrift 'Die gesellschaftliche Feme' folgende Mitteilungen macht:

Der Komtur der Ballei Neumark des Jungdeutschen Ordens, Bruder Hasse von Tresckow auf Schmarjendorf, wird seit längerer Zeit vom gesellschaftlichen Terror der Großgrundbesitzer des Kreises Königsberg (Neumark) verfolgt. Man fordert von ihm Niederlegung seines Amtes und Austritt aus dem Jungdeutschen Orden. Trotz aller Unbilden und Leiden, die ihm hierdurch entstanden, hielt der jungdeutsche Edelmann dem Jungdeutschen Orden die Treue. In letzter Zeit ging man dazu über, ihm mit gesellschaftlicher Achtung zu drohen, falls er sich nicht vom Orden lösen würde. Unter Achtdrohung wurden ihm folgende formulierte Erklärungen vorgelegt:

Ich erkläre mich bereit, sofort aus dem Jungdeutschen Orden auszutreten und auch jede äußere und innere Gemeinschaft mit der derzeitigen Führung des Ordens aufzugeben.

Da die'm Akt gesellschaftlicher Schreckensherrschaft hat sich auch der ehemalige Landrat des Kreises Königsberg, der jetzige Reichsinnenminister v. Keudell, beteiligt. Da Bruder von Tresckow die Abgabe dieser Erklärung ablehnte, ist die Achterklärung gegen ihn ausgesprochen. Sie lautet:

Die Großgrundbesitzerversammlung vom 31. Januar 1927 beschließt einstimmig, von nun an jeglichen Verkehr mit Herrn Hasse von Tresckow-Schmarjendorf abzubringen und jede gesellschaftliche und private Veranstaltung umgehend zu verweigern, in der Herr Hasse v. Tresckow erscheint.

Ansch zu diesem Vorgesetzten Tresckows ist die Tatsache, daß dieser sich als Komtur des Jungdeutschen Ordens abenteuerrischen Diktaturplänen entgegenstellte.

Der Achtungsbeschluss der Großgrundbesitzer des Kreises Königsberg hat unter den jungdeutschen Brüdern dieser Gegend und weit darüber hinaus eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Die Entrüstung richtet sich ganz besonders gegen die durch diesen Beschluss grell beleuchtete Gewisstonnebelung, wie sie hier gehandhabt wird. Sie richtet sich auch

gegen den Minister von Keudell.

Bruder von Tresckow auf Schmarjendorf hat bereits zahlreiche Telegramme erhalten, in welcher er aufgefordert wird, allen Unbilden zum Trotz dem Kampfe für die Gewisstonnebelung und die nationale Erneuerung treu zu bleiben. Die Angelegenheit wird noch weitere Kreise ziehen, da der ganze Jungdeutsche Orden sich auf Seite des von seinen Standesgenossen gedächten Tresckow stellt.

Soweit das Organ des Jungdeutschen Ordens. Was die abenteuerrischen Diktaturpläne betrifft, die im Hintergrunde dieser Angelegenheit stehen, so sind wir in der Lage, gestützt auf die bekannte Denkschrift Mahrauns, über sie folgende detaillierte Angaben machen zu können:

Leutnant Reuh, ein Untergebener des Kreiskommandeurs Major Badtke in Schorwold bei Bärwalde, einer der berühmtesten Zivilangestellten des Herrn Gehler, sammelte im Januar 1926

in der Ballei des Herrn von Tresckow für eine neue Organisation mit dem Bemerkten, daß auf Grund der Lage der Reichspräsident nunmehr genötigt sei, vom Artikel 48 der Verfassung Gebrauch zu machen.

Es sei mit einer Diktatur zu rechnen.

Zur Durchführung dieser Diktatur reichte jedoch die Reichswehr nicht aus, es müßten neue Formationen aufgestellt werden. Der Kreis Reuberg müsse z. B. zwei Kompagnien stellen. Dagegen wandte sich laut Meldung an die Ordensleitung der Komtur v. Tresckow. Und deswegen wurde ihm unter Mitwirkung v. Keudells die gesellschaftliche Acht angedroht.

Der Major Badtke sagte auf einer Großgrundbesitzerversammlung am 20. Januar 1926 in Königsberg (Neumark), die Reichswehr verlange von ihm sofortige Vorbereitung zur Aufstellung von drei Kompagnien. (Badtke ist Kreisoffizier der Reichswehr. Die Red.) Die Reichswehr sei sich nur noch nicht darüber klar, ob sie diese schon jetzt in aller Öffentlichkeit aufstellen und exerzieren lassen oder

im geheimen aufstellen.

lassen sollte. Diese Kompagnien sollten im Falle der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung durch den Reichspräsidenten von Hindenburg in dem Standort der Reichswehr die Sicherheit übernehmen.

Auch dagegen wandte sich seiner Ordenspflicht gemäß Herr von Tresckow und deswegen wurde er unter Zustimmung des derzeitigen Innenministers von Keudell mit der Acht bedroht.

Vor zwei Tagen wurde hier gesagt, daß v. Keudell mindestens bis zum Sommer 1926 die Besetzung beibehalten, nach der er im Frühjahr 1920 beim Kapp-Putsch gehandelt hat. Träfen die Behauptungen des Jungdeutschen Ordens zu, dann würde sich dieser Zeitraum mindestens bis zum 31. Januar 1927, das heißt bis zum Montag der vergangenen Woche erstrecken.

Aus Keudells Kappjagen.

Aus dem Kreise Königsberg in der Neumark wird dem 'Demokratischen Zeitungsdiener' geschrieben:

Wie aus den Berichten hervorgeht, hat der jetzige deutschnationalen Reichsminister des Innern auf die Anfrage Landsbergs, ob er sich Herrn Kapp zur Verfügung gestellt habe, mit Nein geantwortet. Es ist deshalb nötig, daß Herrn v. Keudell noch einige Tatsachen in die Erinnerung zurückgerufen werden.

In einer Sitzung, in der dem Landrat v. Keudell Vorwürfe wegen seines Verhaltens in den Kapp-Tagen gemacht wurden, hat er sich mit folgenden Worten zu rechtfertigen versucht: 'Ich habe nichts weiter getan, als mich der jeweiligen Regierung gefügt, früher unter Ebert, jetzt unter Kapp.'

Keudell hat nicht nur an der Jägerrieder Oberbrücke Landjäger und Jüdischen aufgestellt, in den damaligen Einwohnerwehren, deren republikfeindlicher Charakter ja genügend bekannt ist, wurde auf die Veranlassung Keudells hin der Plan erörtert, die Höhen des Oberlandes, die namentlich in der Keudellschen Besitzung Höhenabbichow die Niederung beherrschten, zu besetzen, angeblich, um das Vordringen kommunistischer Massen aus der Richtung Freienwalde und Eberswalde zu verhindern.

Aber damit hat sich Herr v. Keudell nicht begnügt. Gegen die weltlich harmlose Stadt Bärwalde zwischen Küstlin und Königsberg in der Neumark hat er einen in Küstlin stationierten Panzerzug aufbrechen lassen. Da der Bahnhofsvorsteher diesen Panzerzug auf einem Nebengleis kassierte, ist die schwere Waffe zwar nie wirksam geworden, sie hat aber trotzdem allein durch ihre Gegenwart zur Genüge böses Blut gemacht und nicht die Beruhigung geschaffen, die damals nötig war.

Herr v. Keudell hat im Reichstag weiter erklärt, daß es in jenen unruhigen Zeitaltern Pflicht eines Landrats gewesen sei, nicht Politik zu treiben, sondern zu gehorchen. Für jeden, der die Verhältnisse im Kreise Neumark kennt und zu beurteilen vermag, steht aber fest, daß Herr v. Keudell nicht erst in jenen Tagen, sondern auch schon vorher trügliche Politik getrieben hat. So wäre überaus zweckmäßig, wenn Herr v. Keudell bei der jetzigen Untersuchung auch darüber Auskunft geben würde, was aus Anlaß einer von ihm im Schloß des Grafen Finkenstein in Troffin einberufenen Versammlung sämtlicher Amtsvorsteher des Kreises besprochen worden. Im Fall, daß sich Herr v. Keudell nicht mehr erinnern kann, können ja auch die Amtsvorsteher selbst als Zeugen herangezogen werden. Diese Versammlung fand nach der Erinnerung eines zuverlässigen Gewährsmannes an dem gleichen Tage statt, an dem in Berlin Herr Kapp glaubte, sich zum Vetter der Geschichte Deutschlands aufschwingen zu müssen. (Siehe auch zweite Seite.)

Die Arbeitslosenversicherung.

Zur ersten Lesung im Reichstag.

Der Reichstag hat gestern die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über eine Arbeitslosenversicherung vorgenommen. Nach dem Willen der Reichsregierung soll die Arbeitslosenversicherung möglichst schon am 1. April in Kraft treten. Sie kann den Zeitpunkt eines erheblichen Abbaues der Erwerbslosenunterstützung nicht abwarten.

Was von dem Regierungsentwurf zu halten ist, hat Genosse Bren als Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit aller Sachlichkeit gebotenen Schärfe hervorgehoben. Das materielle Versicherungsrecht bleibt vollständig unzureichend, ebenso unzulänglich ist die vorgesehene Selbstverwaltung. Das Gesetz müßte bringen, was die Reichsverfassung verheißt: einen ausreichenden materiellen Arbeitlosenschutz, der dem Arbeitslosen die Bestreitung des notwendigen Unterhalts gewährleistet, und eine wirkliche sozialpolitische Selbstverwaltung unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

Statt Ausbau des Arbeitlosenschutzes enthält der Regierungsentwurf einen Abbau. Das tritt mit aller Deutlichkeit bei einer Untersuchung der eigentlichen Versicherungsleistungen zutage.

Im 'Reichsarbeitsblatt' Nr. 1 erklärt Geheimrat Weigert, daß die Leistungen so gestaltet werden müssen, daß sie dem sozialen Bedürfnis genügen und doch die Arbeitsvermittlung nicht beeinträchtigen. Ein vieldeutiger Satz, der verstanden werden soll in wie hohem Maße den Forderungen der Unternehmer nach Abbau der Erwerbslosenunterstützung Rechnung getragen wird. Und noch eine andere Rechnung soll wohl bei dieser Gelegenheit beglichen werden. Es ist in diesem Zusammenhange gut, sich der Treibereien des Reichsarbeitsministeriums zu erinnern, die eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung verhindern sollten. Das scheiterte an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Bereits die Erhöhung vom 17. Dezember 1925 veranlaßte den Geheimrat Weigert zu dem Stoßsitzer im Reichsarbeitsministerium, daß die Höhe der Säge wirtschafts- und sozialpolitisch nicht unbedeutend sei. Inzwischen sind weitere Erhöhungen eingetreten. Es ist deshalb kein Wunder, daß dieser bisher mit Mühe und Not niedergebaltene Bürgerstock immer sich vorzeitig mit voller Wucht im Regierungsentwurf entladen hat. Die Unternehmer brauchen billige Arbeitskräfte. Ein ausreichender Arbeitlosenschutz gefährdet das, weil er verhindert, daß sich die Arbeitslosen zu den schändlichsten Arbeitsbedingungen anbieten. Um diese Bereitwilligkeit bei den Arbeitslosen auszulösen, soll die Unterstützung abgebaut werden. Schamhaft wird diese Absicht mit den Worten umschrieben, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Arbeitsvermittlung nicht beeinträchtigen dürfen. Etwas darüber hat ein anderer Mann des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Böls, das einmal in der 'Sozialen Praxis' so ausgedrückt: 'Arbeitsvermittlung und geringes Maß der Unterstützung stärken in dem Erwerbslosen ganz wesentlich die eigene Bemühung, Arbeit zu finden.'

Sehen wir uns nun die künftigen Versicherungsleistungen etwas genauer an. Der Regierungsentwurf sieht sieben Lohnklassen vor; die Errechnung der Unterstützung erfolgt auf Grund des Einheitslohns der einzelnen Lohnklassen. Es ergibt sich folgende Einteilung:

Table with 3 columns: Klasse, Lohnklasse, Einheitslohn. Rows I-VII showing wage ranges and corresponding support amounts.

Die Hauptunterstützung beträgt in den Klassen I und II 45 Proz., III und IV und V 40 Proz., VI und VII 35 Proz. des Einheitslohns. Dazu kommen bei Verheirateten für jeden zuzulagerechtigten Angehörigen 5 Proz. des Einheitslohns, im Höchstfalle jedoch in den Klassen I und II 70 Proz., III, IV und V 65 Proz., VI und VII 60 Proz. des Einheitslohns.

Die Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die Anspruch auf Versicherungsleistungen haben, soll also künftig pro Woche betragen:

Table with 4 columns: Klasse, Ledig, Verheiratet, mit 2 Kindern, Höchstbetrag. Rows I-VII showing support amounts for different family situations.

Was würden diese Sätze für die Städte der Ortsklasse A des Wirtschaftsgebiets II, zu denen auch Berlin gehört, bedeuten?



Nach den geltenden Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge erhalten diese Arbeitslosen:

Ein alleinlebender Arbeitsloser unter 21 Jahren pro Woche	8,20 M.
nicht	21
ab 9. Unterstützungswochen	7,20
über 21 Jahre pro Woche	12,80
nicht	21
ab 9. Unterstützungswochen	11,80
verheirateter	15,10
mit 2 Kindern	
ab 9. Unterstützungswochen	19,75

Der Höchstmaß beträgt ab 9. Unterstützungswochen 24,45

Daraus ergibt sich, daß die Unterstützung der früher schlecht entlohnten Ledigen abgebaut werden soll, nur die Unterstützung der besser Entlohnerten wird erhöht. Die Unterstützung der verheirateten Arbeitslosen soll fast allgemein abgebaut werden, zum Teil sehr erheblich; nur soweit sie in die höchste Klasse kommen, stellt sich die Unterstützung ein wenig höher. Das gleiche Schicksal teilen die Arbeitslosen mit zwei Kindern; es gilt auch für die Höchsthöhe, die praktisch für Arbeitslose mit vier und mehr Kindern in Frage kommen.

Der hier gewählte Vergleich mit den Sätzen der neunten Unterstützungswochen ist, um einen Einwand von vornherein zu begegnen, deshalb ohne weiteres zulässig, weil nach den amtlichen Ausweisen weit über eine Million Unterstützungsempfänger bereits über acht Wochen arbeitslos sind. Ein Vergleich mit den Unterstützungssätzen des Wirtschaftsgebiets III (Westen) ist noch ungünstiger.

Dieser Abbau der Erwerbslosenunterstützung gilt für die künftigen Bezüher von Versicherungsleistungen. Hunderttausende Unterstützungsempfänger werden nach den Absichten des Regierungsentwurfs jedoch selbst von diesen Leistungen ausgeschlossen; für diese gilt, falls sie bedürftig sind, eine wesentlich verfehltere Krisenfürsorge. Man unterstellt dieser Regierung des Besitzbürgerbloßes sicher nichts Falsches, wenn man annimmt, daß sie bei der Festlegung der Höhe und Dauer der Krisenleistungen unter den Versicherungsleistungen bleiben will. Sonst brauchte sie sich ja die Regelung der Einzelheiten nicht vorbehalten mit der wichtigen Bestimmung, die Höhe der Unterstützung beschränken zu können.

Ein zweifacher Abbau der Erwerbslosenunterstützung ist also geplant: Der Übergang zu Versicherungsleistungen bedeutet für den größten Teil der Unterstützungsempfänger einen Abbau ihrer Bezüge; damit ist dann weiter die Grundlage gewonnen, die Krisenleistungen der übrigen Unterstützungsempfänger noch stärker herabzudrücken. Fürwahr, ein aufreizender Plan! Der Besitzbürgerbloß präsentiert seine erste Rechnung; die Sozialdemokratie wird alles tun, um einen dicken Strich durch diese Rechnung zu machen.

## Nun erst recht!

Die deutschnationale Opposition nimmt das Wort.

Während der „regierungsstreue“ Teil der deutschnationalen Presse um Hugenberg und Genossen Tag für Tag mit befremdlicher Gefühlsregung betont, daß die neue Koalition von Westarp bis Marx fester denn je zusammenhalte, tobt sich in der noch immer deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ der viertägige Finanzminister des Kapp-Kabinetts, Herr Oberfinanzrat Dr. Bang, unter dem Titel „Nun erst recht!“ in oppositionellen Tiraden aus, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen. Das Selbstsame aber ist, daß man versucht scheint, eifrigen Sätzen des Herrn Bang beinahe vollinhaltlich zuzustimmen. So schreibt er zum Beispiel:

Das Wort Treibschuß von der „epidemischen Geisteskrankheit“, die zum Teil selbst edelste Völker befallt, ist buchstäb-

lich wahr. Was man bei uns jetzt aufgeführt hat, ist eine Gröste so aberwichtig, wie sie in der Geschichte überhaupt noch nicht erlebt wurde. Es gibt keine Staatsverfassung auf dieser schönen Erde, kein politisches System, nicht einmal bei Votokuden und Feuerländern, wo solches möglich wurde.“

In der Tat: Man darf wohl glauben, daß der aberwichtige und von epidemischer Geisteskrankheit zeugende Uemerschacher, wie ihn die Deutschnationalen in diesen Wochen unter prozentualer Berechnung der ihnen zukommenden Plätze an der Futtertrappe getrieben haben, selbst unter Votokuden schwer möglich gewesen wäre!

Eine schlimme Sorge indessen ist es für Bang, daß die neue bürgerbolschewistische Regierung mit allen möglichen Bin-

## Auf in den Sportpalast!

Das arbeitende Berlin demonstriert gegen den Bürgerbloß! Heraus zum Protest! Heraus zur Demonstrations-Versammlung am Donnerstag, 10 Februar 1927, abends 8 Uhr, im Sportpalast! — Redner die Reichstagsabgeordneten: Aufhäuser, Dr. Breitscheid, Dittmann, Marie Zuchacz, Künstler, Scheidemann, Stampfer, Vogel-Kürnberg. Bezirksverband Berlin SPD.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin! Treffpunkt: 7 Uhr abends, Hochbahnhof Bülowstraße.

dungen und Fesselungen, wie der erwähnte Stribent klassisch schön sagt, „bierehrlich“ festgelegt sei auf die Politik der bisherigen Regierung, die ja auch just von den Deutschnationalen mitgestürzt worden ist! Und mit diesen scharfen Worten liest Bang seinen deutschnationalen Parteifreunden die Leviten:

„Alles, was die Deutschnationalen aus bewußter Oppositionstellung heraus spielen hätten erreichen können, werden sie jetzt nicht nur nicht erreichen, sie werden vielmehr für das Gegenteil die Verantwortung aufgelastet erhalten. Das „Hinein in den Staat“ heißt das Charakter der Deutschnationalen. In sehr kurzer Zeit wird sich erweisen, ob wir recht haben oder über-treiben. Wir werden leider recht behalten.“

Aber was ist nun eigentlich los und was wird werden? Putzminister a. D. Bang verrät es uns genau. Wir stehen nämlich „in einer religiösen und politischen Gegenreformation“, und die Lage ist die gleiche, die Deutschland nach dem Augsburger Religionsfrieden, dem sogenannten Interim von 1548, durchgemacht habe. Von diesem Interim sind nun auf die Nachwelt von heute eigentlich nur die volkstümlichen Verse gekommen:

„Das Interim, das Interim,  
Das hat den Teufel hinter ihm.“

Was man von dem hoffentlich kurzfristigen Interim dieser Bürgerbloßregierung gerechtmachen auch behaupten kann. Was aber soll die schwarzweißroten Extremisten um Bang und Konforten reiten? Wir lesen:

„Wer die Partei retten will, wird dafür Sorge tragen müssen, daß Stresemanns „Exaltados“ innerlich und äußerlich der Fraktion zu sachgemäßer Wirkung und schließlich zur Führung gelangen.“

Zum Schluß ruft Bang voller Pathos: „Verzage nicht, du Häuflein klein!“ Wir zweifeln keineswegs daran, daß er bei der sattsam bekannten und bewährten Gesinnungsfestigkeit und Prinzipientreue der Hergis, Westarps und Schiele noch oftmals Gelegenheiten haben wird, sein „Häuflein klein“ im gleichen Sinne zu ermahnen!

## Die Symbole der Vergangenheit.

Von Paul Gutmann.

Die Partei der Mitte erklärt durch den Mund des jetzigen Reichskanzlers, daß sie die Farben der Republik hochhalte, aber sie verlange gleichzeitig Achtung vor der Vergangenheit und ihren Symbolen. Hierzu ist einiges Grundfähliche zu sagen. Zuerst einmal, wie weit reicht die deutsche Vergangenheit, wo fängt sie an, wo hört sie auf? Ist nur die letzte kaiserliche Vergangenheit gemeint oder die frühere königlich preussische, die kurbrandenburgische, die sächsische, bayerische, die kurhessische, die hannoversche, die der Völkervereinigung und freien Städte, das heilige römische Reich? Oder will der Reichskanzler noch weiter gehen und den Symbolen des Heidentums, die gerade hier in der Zeit vor noch nicht allzu langer Zeit verehrt wurden, Achtung verschaffen? Soll das Andenken an den menschenschneidenden Wendengötzen Swantewit wieder aufleben? Der Duldbarkeit des Zentrumsführers wäre ein zu großes Lob gezollt, wollte man annehmen, daß es ihm mit seiner Verheerung auf etwas anderes als auf einen gelegentlichen politischen Schachzug angekommen sei.

Die Anrufung der Vergangenheit ist im übrigen eine jener heiligen Phrasen, ohne die der Gebildete in Deutschland nicht existieren zu können glaubt. Dieses Volk der Archivare, Textualleger, Kompilatoren, Historiker führt eine wahre Volkstanz beim Wodergeschrei des Götterdienstes. Nirgends, in keinem anderen Volk, ist auch eine solche Fülle von belangloser, kleinlicher und armseliger Geschichte in Altenbüchern vergraben wie hier. Der historische Falschismus einer Kammerresidenz wie Wolfenbüttel hat das Genie eines Lessing verzehrt. Die Pestilenz dieser unzähligen traurigen Vergangenheiten hat Goethe zu dem Ausruf verleitet: „Amerika, du hast es besser!“ Welches Chaos von erbärmlichen Interessenkämpfen, wie selten eine große Tat, wie viel seltener eine echte Volksbewegung, und wenn eine solche entstanden, wie rasch im Keim brutal erstickt. Wo soll der Blick hinweisen, wo soll die Verehrung aufkommen? Soll der Sachse sich für Friedrich begeistern, der Hannoveraner für den alten Wilhelm? Schwärmt das Zentrum heute für Bismarck und die Symbole seiner Ära? Die Duldbarkeit der Katholiken stellt offenbar alles, was wir an Duldung Andersgesinnter gewöhnt sind, weit in Schatten.

Wäre die Anrufung der Vergangenheit nicht eine durchsichtige Phrase, so wäre es vielleicht angezeigt, an einige höchst pietätlose Handlungen der katholischen Eiserer gegenüber den Symbolen des Götterdienstes zu erinnern. Was Karl mit den heidnischen Söhnen vornahm, zeugte nicht von großer Achtung vor deren Symbolen. Die Behandlung, die den spanischen Mauren zuteil wurde, ebenfalls nicht. Auch vor den Wahrzeichen des antiken Roms soll keine allzu große Achtung bestanden haben. An die kaum geheilten Wunden der letzten Jahrhunderte braucht hierbei nicht gerührt zu werden. Das Zentrum ist oben heute eine Partei der Duldung, und daß diese

republikanische Partei Verehrung auch für die Farben der Monarchisten fordert, legt ein rührendes Zeugnis für ihre friedfertige Bestimmung ab.

Die Vergangenheit soll dazu dienen, Lehren aus ihr für die Gegenwart zu ziehen, aber wir wünschen nicht aus ihr einen Vopanz für eine abergläubische Verehrung zu machen. Hätte das Vergangene sich bewährt, so wäre es nicht nötig gewesen, seine Symbole zu ver-gessen. Wir wollen radikal das Neue, das wir haben wachsen sehen, und richten unsere Blicke nach vornwärts. Die deutsche Toleranz, die scheinbar das Vergangene verehrt, ist zum großen Teil Frucht vor der Verantwortung, geistige Feigheit. An diese Bürgerangst, die sich so gern an den Polyzisten klammert, heißt es appellieren, wenn die Vergangenheit geschont werden soll. Ihre Symbole sind uns so wenig wert, wie auch die Symbole des Heidentums, das auch vor-ausgegangen ist und das in manchem verehrungswürdig genug gewesen wäre. In der ganzen Geschichte der katholischen Mächte hat es noch nichts derart Paradoxes gegeben wie diese Fuchspredigt von der Toleranz. Das schwarzblaue Familienfest unter der Bismarcktafel ist von so grotesker Komik, daß die Sterne vor Lachen wackeln müßten, wenn sie es zu sehen bekömen.

„An der Schwelle des Lebens“. Während die Tagesmenschen fortfahren, sogenannte „Wunder“ zu suchen in all den Worten primitiven Instanzismus, die sich heute wissenschaftlich spreizen, geht die Wissenschaft unbewußt ihren Weg weiter in der Erforschung der wirklichen Wunder der Natur. Was das Mikroskop hier über die Anfänge des Lebens erschlossen hat, ist leider noch lange nicht genug bekannt. Aber jetzt ist der Populärwissenschaftler ein mächtiger Verbündeter in der Kinematographie entstanden. Der Kosmos, die bekannte Gesellschaft der Naturfreunde, hat einen Film herausgebracht, der uns die Wunderwelt des Wassertröpfchens u. a. anschaulich vor Augen führt. Dr. M. Kitti, sein Hersteller, zeigte ihn, mit erklärenden Worten, am Montag in der „Urania“.

Nicht das kleinste Wunder dieses Films ist die Art, wie er aufgenommen wird. Der Universalfilmname turzelt die Vorgänge unter dem Mikroskop, und gleichzeitig kann der Aufnehmende durch einen besonderen Auszug das Objekt unter dem Mikroskop dauernd beobachten und scharz einstellen. Die photographische Technik selbst ist so vervollkommen, daß man 10 000 Bilder in der Minute aufnehmen und damit die schnellsten Bewegungen festhalten und nachher verlangsamte dem Auge zuführen kann. Der Vortragende ging von den lebensähnlichen Bewegungsvorgängen aus: der Brownschen Molekularbewegung, die an kleinsten Metallteilchen wunderbar gezeigt wurde, dem Wachstum von Kristallen und den künftigen Kristallen. Das Auge war entzückt von dieser geschmackigen Kunst in der Natur! Dann ging es an die Beobachtung des eigentlichen Lebens in seinen einfachsten Formen: den Algen wird ihre Eigenbewegung abgelesen, und die Bewegung des Chlorophylls offenbart ihre Verwandtschaft mit dem Blutkreislauf. Die Alge muß uns ihre Geheimnisse preisgeben, und wir wohnen der Teilung und Verschmelzung von Einzellern bei. Die Durchsichtigkeit der Wasserleiniere erlaubt es, alle Erscheinungen an und in ihnen aufs ge-

## Der Fall Keudell.

Die Rüstinger Intervention bestritten — von wem?

W.B. meldet: „In der Berliner Presse ist behauptet worden, Reichsinnenminister Dr. von Keudell habe im Jahre 1923, unmittelbar nach dem Rüstinger Putsch, sich bei dem Obersten Sudovius für den Major a. D. Buchruder verwendet. Diese Behauptung widerspricht, wie mir an zuständiger Stelle erfahren, den Tatsachen. Reichsminister Dr. v. Keudell hat den Obersten Sudovius einige Tage nach dem Putsch lediglich zu dem Zwecke auf-gelucht, um ihm dafür zu danken, daß er durch seine Haltung gegenüber dem Putschversuch von seinem Heimatort Königsberg in der Neumark, in dem Rüstinger Putsch, schwere Unruhen ab-gewendet habe. Zugunsten des Majors Buchruder ist Dr. von Keudell weder bei dieser noch bei anderer Gelegenheit eingetreten. Er hat den Rüstinger Putsch stets aufs schärfste verurteilt.“

Die „zuständige Stelle“ faun niemand anders sein als Herr v. Keudell selbst, gegen den die Untersuchung schwebt. Wir nehmen an, daß sich der Reichskanzler Dr. Marx bemühen wird, auch diesen von Herrn v. Keudell bestrittenen Tatbestand aufzuklären.

## Ein mißglückter Entlastungsversuch.

Die Hugenbergpresse verbreitete gestern die Nachricht, Herrn v. Keudell sei am 21. Juli 1921 von der preussischen Regierung der Posten eines Regierungsrats in Stettin angeboten. Damit soll erwiesen werden, daß der preussische Innenminister Herr v. Keudell trotz seiner noch dem Kapp-Putsch erfolgten Absetzung für einen zuverlässigen Mann gehalten habe. Die Wahrheit ist, daß Herr v. Keudell, wie W.B. feststellt, „vom Herrn preussischen Minister des Innern (vertreten durch Herrn Staatssekretär Freund) in Uebereinstimmung mit dem Herrn preussischen Finanzminister vorübergehend der Regierung in Stettin zur Leitung eines Ausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden überwiesen und aufgefordert worden ist, seinen neuen amtlichen Wirkungsbereich in Stettin sofort zu übernehmen.“

Es handelte sich, wie wir weiter dazu erfahren, um eine Spar-maßnahme, die verhindern sollte, daß Beamte, die auf Wartegeld gesetzt waren, ganz ohne Beschäftigung blieben und bei der Suche, von deren Zuverlässigkeit man nicht überzeugt war, vorübergehend in Stellen verwendet wurden, in denen sie keinen Schaden anrichten konnten.

Herr v. Keudell hat übrigens die ihm zugeordnete unbedenkliche Tätigkeit damals abgelehnt und ist dauernd aus dem preussischen Staatsdienst ausgeschieden.

## Drohung gegen Wirth.

Wegen der Opposition gegen den Besitzbürgerbloß.

Köln, 7. Februar. (U.) Zum Fall Wirth schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß nunmehr ein unzweideutiges Verhältnis der gesamten Zentrumspartei des Reiches zu Herrn Dr. Wirth erfolgen wird. Bei aller Anerkennung seiner großen Verdienste und seiner bedeutenden Persönlichkeit wird es in der Partei als eine Unmöglichkeit empfunden, daß sich Extradatoren ständig wiederholen, noch dazu dergestalt, daß ein Abgeordneter der führenden Regierungspartei sich zur Opposition bekennt. Es ist keine Führung möglich, wenn es Führer gibt, die der Truppe selbst das Beispiel der Disziplinverneinung geben.“

Er ist wieder da! Ricciotti Garibaldi, dem bekanntlich die Einreise in Kuba verweigert worden ist, kam gestern wieder im Hofen von La Rochelle (Frankreich) an.

Brand hat auf einem Bankett der ehemaligen Frontkämpfer eine neue Friedensrede gehalten, die sich von seinen früheren Kundgebungen nicht unterscheidet.

Die Prager „Bohemia“ hat lobend ihren hundertjährigen Bestand durch die Herausgabe einer ebenso umfangreichen wie inhaltreichen Festschrift gefeiert. Das Blatt ist ein vielbeachtetes und angesehenes Organ nationalgemäßigter subelndeutsch-bürgerlicher Politik.

naueste zu verfolgen: Herzschlag, Darmkontraktion u. a. Die Entwicklung der Kaulquappe oder einer Schnecke aus dem Ei und dem Ei — gibt es größere Wunder? Das dankbarste Objekt aller dieser Beobachtungen ist der Wasserlöcher und ihr Höhepunkt: die Geburt eines lebendigen Jungen.

Was früher nur wenige Forscher erschauten, kann heute dank der Kinematographie zum Gemeingut aller werden.

Am Geburtshaus von Robert Blum in Köln, Rauhstraße 9, hat die Kölner Stadtverwaltung auf Veranlassung der Kölner Einwohnervereine eine Gedenktafel mit dem Bildnis Blums von der Hand des Kölner Bildhauers H. Fröh anbringen lassen. Die Tafel trägt die Inschrift: „Robert Blum, geboren an dieser Stätte am 10. November 1807, erschossen in Wien am 9. November 1848. Ich starb für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft. Möge das Vaterland meiner eingedenk sein!“ — Die beiden letzten Sätze sind als Blums letzte Worte überliefert.

Sowjetrußland erfindet einen Tanz. Die russische Sowjetregierung führt seit langem, unterstützt von den Jugendorganisationen der Partei, einen energischen Kampf gegen die modernen Tänze, die als Verfallserscheinungen der Bourgeoisie betrachtet werden. Um die negative Propaganda durch eine positive Tat zu ergänzen, hat jetzt eine der pädagogischen Behörden einen neuen Tanz erfunden, der „Die Maschine“ heißt. Bei diesem Tanz soll der Körper mit den Armen die Bewegung eines Dampfboilers nachahmen, während die Füße durch kräftiges Aufstampfen einen Dampfhammer symbolisieren.

Was kostet Ford? In den letzten drei Jahren ist Henry Ford dreimal das Anerbieten gemacht worden, sein Automobilgeschäft für eine Milliarde Dollar zu verkaufen, und dreimal hat er abgelehnt. Diese Tatsache wurde durch die Vernehmung eines Bankiers von Wallstreet, John W. Brenish, bekannt, der bei einem Steuerprozeß gegen Ford vernommen wurde. Brenish erklärte, Ford habe ihn ausgelacht, als er ihm dieses Anerbieten gemacht hat.

Im Theater des Westens gelangt in Abänderung des Spielplans Dienstag „Carmen“ zur Aufführung. Als Don José gastiert Hans Heinz Bolmann.

Werner Krauß, der von seiner schweren Erkrankung wieder hergestellt ist, spielt ab Dienstag wieder ausdenklich den „Reichardt von Ockenhausen“ im Deutschen Theater.

Die Gesellschaft für Musikalische Kunst in Berlin wird im Jahre 1928 in Berlin eine umfassende Ausstellung klassischer Kunst veranstalten.

Der Wettbewerb um das neue Völkerverbundgebäude ist außerordentlich groß. Schon heute ist die voranschlagende Gesamtzahl von 250 Entwürfen bei weitem überschritten. Bis jetzt sind 300 Pläne und Projekte aus aller Welt eingegangen. Die Kräftigsten-Jury wird am 6. oder 7. April mit der Prüfung beginnen.

Elle Helms, Friedrich Kuchler, Paul Wegener lesen auf der ersten Jugenbörse der Verbandes Deutscher Erzähler am 12. mittags 12 Uhr, im Herrenhause Dichtungen von Julius Kay, Hermann Krumm, Räuber Birkenfeld, Karten bei Votz & Votz und K. Berlin.



## Günstlingwirtschaft in Bayern.

Sinter den Kullissen der Justiz, des Forstbienstes und der inneren Verwaltung.

Aus München wird uns geschrieben:

Mehr noch als in anderen deutschen Ländern ist gerade in Bayern die Aufnahme in den Staatsforstdienst wegen Ueberfüllung außerordentlich erschwert. 60 bis 80 Proz. der Anwärter haben überhaupt keine Aussicht auf Anstellung, der verbleibende Rest, der Aufnahme in den Staatsdienst findet, setzt sich bestimmungsgemäß aus den bestnoten Anwärtern zusammen. Nur haben sich aber vor kurzem eine Reihe von Forstreferendaren in Eingaben an den Landtag darüber beklagt, daß die Anordnung der Regierung nicht eingehalten worden ist, sondern eine Anzahl schlechter benoteter und jüngerer Anwärter durch die Intervention privater Persönlichkeiten und als Söhne von Forstbeamten angestellt wurden. Zur Rebe gestellt, ludte die Regierung nach allerhand Ausflüchten, mußte aber schließlich die Richtigkeit des Sachverhalts zugeben. Die Folge war, daß die übergroße Mehrheit des Landtagsausschusses voll Empörung einen Antrag anmahm, der die Regierung zur schleunigen Korrektur dieser Günstlingwirtschaft zwingen sollte.

Die hohe Bureauratie der Ministerialforstverwaltung, an der Spitze der Finanzminister selbst, gaben aber ihre schlechte Sache noch nicht verloren. In Verhandlungen hinter den Kulissen verstanden sie Trümpfe auszuliefern, mit denen sie ihre Position auch tatsächlich retteten. Diese Trümpfe bestanden offensichtlich in dem Nachweis, daß solche Günstlingwirtschaft auch in den anderen Zweigen der bayerischen Staatsverwaltung nach alter Sitte gang und gebe ist. Denn es ist ja eine altbekannte Tatsache, daß z. B. die bayerische Justizverwaltung ihren Nachwuchs in der Hauptsache aus den gesellschaftlich und personell seit langem versippten Studentenverbindungen der „Bayern“, „Schwabens“, „Bubenruhia“ nimmt, ja, daß gerade die hochdotierten Posten mit Vorliebe solchen „alten Herren“ überantwortet werden, die weniger hochqualifizierte Leistungen als die sogenannte gute Gesinnung aufzuweisen haben. Die gute Gesinnung dieses juristischen Nachwuchses besteht im wesentlichen in der eingepflanzten Begeisterung für deutschnationale Politik.

Ganz ähnlich verhält es sich bei der inneren Ministerialverwaltung in Bayern, deren Posten fast ausschließlich den Mitgliedern gewisser katholischer Studentenverbindungen vorbehalten sind. Besonders dominiert hier die „Dittania“, auf deren jüngstem Stiftungsfest der bayerisch-volksparteiliche Innenminister Stüzel mit besonderem Dank darauf hinweisen zu müssen glaubte, was die „Dittania“ für den bayerischen Staat schon alles geleistet habe, indem sie zahlreiche Kräfte dem Staatsdienst zur Verfügung stellte; dadurch allein sei es möglich geworden, daß die christliche Weltanschauung in der Öffentlichkeit vertreten worden ist und vertreten wird.

Angesichts dieser politisch verteilten Günstlingwirtschaft in der Justiz und in der inneren Verwaltung des bayerischen Staates konnte es naturgemäß der hohen Forstbureauratie nicht angekreidet werden, daß sie sich auch für ihre Leute weniger nach Recht und Billigkeit als vielmehr nach persönlichen Beziehungen bemühte. Eine Kränze hat der anderen nicht die Augen aus — die Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition und ihre neueste technische Retorte, die Volkswirtschaft, deckten in einem faulen Kompromiß die auf ihrem Repetitorium erriepelte oberste Forstverwaltung, so daß die empörten und betrogenen Forstreferendare das Nachsehen haben.

## Deutschlands entfestete Grenzen.

Die Vereinbarung von Paris.

Am Sonnabend wurde in Paris die Vereinbarung zwischen Deutschland und der Völkerbundkonferenz unterzeichnet, die den Streitigkeiten über die Festlegung der Versailler Bestimmungen über die erlaubten oder nicht erlaubten deutschen Festungsbauten ein Ende macht. Diese Vereinbarung läuft darauf hinaus, daß innerhalb eines Gebietstreifens längs der deutschen Ost- und Südgrenzen nur die Festungsanlagen aufrecht und unterhalten werden dürfen, die 1919 bestanden haben. Diese „entmilitarisierte Zone“ wird außen begrenzt durch die deutsche Reichsgrenze, sie wird innen begrenzt durch die Linie, die verläuft von Königsberg über Sensburg nach Marienburg, dann von Königsberg über Rastenburg bis Bialystok, von da an der Eisenbahnlinie — Glog — Waldenburg — Görlitz — Bautzen — Pirna — Königsstein — Hof — Regensburg, dann an der Donau entlang bis Donau-Eisingen und bis zur entmilitarisierten Zone im Westen. Die Festungsanlagen innerhalb dieser Grenzzone dürfen nur in Stand gehalten, sie dürfen nicht ausgebaut werden. Deshalb werden 34 Unterstände, die seit 1920 neu gebaut wurden, in dieser Zone zerstört. Hingegen wird „im Berglehnwege“ gestattet, daß 54 der dort neu gebauten Unterstände erhalten bleiben dürfen.

Gegenüber den pessimistischen Prophezeiungen ist durch diese Vereinbarung vermieden worden, daß Deutschlands Festungsfrage vor den Völkerbundrat oder ein Schiedsgericht gebracht werde. Sie ist damit bereinigt. Aber diese Vereinbarung ist nur dadurch zustande gekommen, daß die deutschnationalen Kabinettsmitglieder einer Vereinbarung im Geiste der Erfüllung, Kompromiß- und Verzichts- politik zustimmten!

## Die Thüringer Regierungsfrage.

Die Stellung der Thüringer Kommunisten.

Jena, 7. Februar. (M.T.B.) Die Kommunistische Partei hielt hier gestern eine Tagung ab, die sich mit dem Ergebnis der thüringischen Landtagswahl beschäftigte und die Richtlinien für die künftige Politik der K.P.D. festsetzte. Die Konferenz brachte einstimmig zum Ausdruck, daß die Aufgabe der Werktätigen nach den thüringischen Wahlen sei, den Kampf gegen den Ordnungsbund fortzusetzen und jede sozialdemokratische Bündnis- und Kompromißpolitik mit den bürgerlichen Parteien aufs schärfste zu bekämpfen. Dagegen beschloß die Konferenz, daß die Kommunisten in Thüringen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unterstützen würden, die bereit wäre, bestimmte Tagesforderungen der Werktätigen entsprechend den Richtlinien der K.P.D. durchzuführen.

## Hochverrat durch Gefinnung?

Unmögliche Gefinnungsjustiz in Leipzig.

Wie wir bereits am Sonntag berichteten, hat nach überraschend langer, fast achtstägiger Verhandlung der vierte Straßensaal des Reichsgerichts in Leipzig die Geschäftsleiter der Berliner Verlage „Junge Garbe“ und „Wagnerlog“, Reimann und Romming, zu je zehn Monaten Festungshaft verurteilt. Sie sollen sich durch Verbreitung aufrührerischer Schriften der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht haben. Ein besonders schweres Vergehen hatte der Oberreichsanwalt darin gesehen, daß im November 1923 eine Schaufensterdekoration der Buchhandlung der „Roten Fahne“ ein rotes

# Wie sie es auffassen!

Deutschnationale und Regierungsprogramm. — Die deutschnationale Abstimmung — ein Akt verlogener Demagogie!

Die Deutschnationalen haben Mann für Mann dem Vertrauensvotum für die Rechtsregierung zugestimmt. Sie haben mit ihrer Abstimmung ausdrücklich die Erklärung der Reichsregierung gebilligt, und damit die Rechtsgültigkeit der Verfassung von Weimar anerkannt.

Mit dieser Anerkennung fällt selbstverständlich zugleich das Schlagwort vom „Novemberverbrechen“.

Indessen, in der „Kreuzzeitung“ werden die Koalitionsgenossen der Deutschnationalen von Herrn Everling befehrt, daß er und seine Freunde zwar durch parlamentarische Abstimmung die Regierungserklärung billigten, daß sie aber das gerade Gegenteil denken und wollen. Herr Everling erhebt Einspruch gegen Richtlinien und Regierungsprogramm:

„Insofern die Richtlinien, deren indistinkte Veröffentlichung offenbar durch die Demokratie erfolgte, mehr als die tatsächliche Wirksamkeit der republikanischen Staatsform behaupteten, muß dagegen vom Standpunkt des Legitimus aus deutlicher Widerspruch erhoben werden.“

Die tatsächliche Wirksamkeit der republikanischen Staatsform ist eine historische Tatsache, die Herr Everling nicht gut bestreiten kann.

Anders steht es um die Anerkennung der Rechtsgültigkeit. Sie enthält ein rechtliches und politisches Bekenntnis zugleich. Diese Anerkennung ist von dem Grafen Westarp in den Verhandlungen gegeben worden, von der deutschnationalen Reichstagsfraktion durch die Annahme der Richtlinien sowie durch die Billigung der Regierungserklärung in namentlicher Abstimmung im Reichstag. Auch Herr Everling hat der Regierungserklärung zugestimmt. War das auch nur eine Farce?

Für Herrn Everling gewiß. Er bestreitet trotz seiner Abstimmung nach wie vor die Rechtsgültigkeit der Verfassung von Weimar. Er bezeichnet sie nach wie vor als Unrecht, als hochverräterisch:

„Und steht denn am Anfang der republikanischen Entwicklung nicht der Hochverrat? Steht sonach nicht die Weimarer Verfassung auf höherrn Füßen? Wird dadurch das Unrecht zum Recht, daß man die Kennzeichnung des peinlich illegalen Hergangs als „Geschichtssäule“ abtut?“

Transparent gezeigt hatte: „Wann wird der 9. November in Deutschland kommen?“ An staatsgefährlichen Erzeugnissen hatten die Angeklagten das Drama von Bertha Post „Thomas Münzer“, die „Barrikaden an der Ruhr“ von Riades und „Devist oder der einzig gerechte Krieg“ von Beder vertrieben.

Die Angeklagten sind wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ bestraft worden. Der hierauf bezügliche Artikel 86 des Strafgesetzbuches lautet: „Jede ... ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird ... bestraft.“ Das wurde von der Rechtsprechung und dem Reichsgericht bisher so ausgelegt, daß nur dann die „Vorbereitung zum Hochverrat“ bestraft wird, wenn ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen vorbereitet worden war. Selbstverständlich genügte zur Bestrafung nicht, nur hochverräterische Gesinnung zu haben oder zu äußern. Hieron ist jetzt das Reichsgericht abgewichen. Jetzt soll eine Schaufensterdekoration oder der Vertrieb von Schriften allgemein revolutionären Inhalts ein „hochverräterisches Unternehmen“ darstellen!

Recht dieses Urteil Schule, dann wird die „Revolutionierung der Köpfe“ eine strafbare Handlung! Jede Richtung, jede Darlegung gesellschaftsrevolutionären Inhalts wird zu einem Verbrechen! Bogelfrei wird revolutionäre Bestimmung! Das Leipziger Urteil ist vor dem Amtsbereich der Bürgerblutregierung gefällt worden. Wie wird unsere Justiz erst aussehen, wenn der Oberreichsanwalt auf Anweisung des deutschnationalen Justizministers Anklage erhebt?!

## England - Rußland - China.

Litwinow über die russisch-englischen Beziehungen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in China verschärfen sich immer mehr die Beziehungen zwischen England und der Sowjetregierung. Der Stellvertreter des Völkerbundkommissariats des Außeren, Litwinow, sah sich deshalb genötigt, am 4. Februar den ausländischen Pressevertretern eine offizielle Erklärung abzugeben, die sich ihrem Ton nach von den unverantwortlichen scharfstrafenden Ausführungen Bucharins und Boroschilows stark unterscheidet.

Litwinow verteidigt die Sowjetregierung gegen die Beschuldigungen der konservativen englischen Regierung, die ihre diplomatischen Mißerfolge in China nicht auf die Fehler der eigenen Politik, sondern auf angebliche Mächenschaften von Sowjetagenten zurückzuführen sucht. Die Sowjetregierung, führte Litwinow aus, hat nie ihre Sympathie mit der Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes verheimlicht. Jedoch bedeute dies keineswegs, daß die Sowjetregierung der Kantoneregierung eine Verschärfung der Beziehungen mit England empfehlen müsse oder empfohlen habe. Die Sowjetregierung habe nie die Verpflichtungen vergessen, die sie England gegenüber auf Grund des Vertrags von 1924 auf sich genommen hat. Aber auch England habe auf Grund desselben Vertrags eine Reihe Verpflichtungen der Sowjetregierung gegenüber auf sich genommen. Litwinow hat mit besonderem Nachdruck auf die friedfertige Haltung des Generalkrats der englischen Trade Unions und der fortschrittlichen Kreise der englischen Gesellschaft selbst hingewiesen, die betonen, daß die Verschärfung der Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland für beide Seiten ökonomisch wie politisch nur schädlich sein könnte. Zum Schluß hat Litwinow seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die vernünftigen Elemente der englischen Regierung die Oberhand über die Anhänger der Politik der gepanzerten Faust gewinnen werden, die nichts als Unglück den Völkern und der Sache des Weltfriedens gebracht haben.

Ran könnte nur die friedfertigen Ausführungen Litwinows begrüßen, wenn sie in der Tat kein diplomatisches Abwehrmanöver, sondern ein aufrichtiges Bekenntnis zur Verständigungspolitik bedeute.

## Italien im Schlepptau Englands.

Paris, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht, nach der Italien der englischen Regierung angeboten hat, zur Unterstützung der englischen Interessen in China einzugreifen, hat in Paris ein mit Beunruhigung gemischtes

Welchen Sinn hat die Abstimmung der Deutschnationalen, wenn sie so deklariert hat? Herr Everling sagt es: ein Akt der Kameraderie:

„Die Abstimmung vom Sonnabend, die auch diesmal ohne Fraktionszwang geschah, war ein Akt der Kameradschaft gegenüber denen, die von der so gebildeten Regierung hoffentlich mit Recht dauernde, sachliche und ersprießliche Arbeit erwarten gegenüber den deutschnationalen Ministern im Kabinett, darunter nicht zuletzt gegenüber der vornehmen Persönlichkeit des ausgerechnet von einem der „Volkbeauftragten“ von 1918 wegen seines Verhaltens während der Kapp-Ereignisse angegriffenen Ministers v. Reudell.“

Es war Kameradschaft gegenüber einem Kapist! Daß die offene Abstimmung für die Regierungserklärung ein Bekenntnis zur Rechtsgültigkeit der Verfassung gewesen sei, das bezeichnet Herr Everling als eine „demagogische Entstellung“.

Also macht sich der Reichstanzler und mit ihm das gesamte Kabinett „demagogischer Entstellung“ schuldig?

Der Mann, der eben erst eine Regierungserklärung gebilligt hat, an deren Spitze die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung von Weimar steht, schreibt am Tage danach:

„Die Taktik, den monarchischen Gedanken „zurückzustellen“, während der Segner jeden Anlaß nutzt, die Farben der Republik voranzutragen, diese faule Taktik hat schon lange keine Entschuldigung mehr. Auch das Rezept, angeblich „immer daran zu denken“ und nachweislich „nie davon zu sprechen“, verrät weder Klugheit noch Mut. Sollte nicht hier der Druck endlich Gegendruck erzeugen und der immer neue Versuch, den Gefinnungswechsel zu erzwingen oder zu erschleichen, endlich den Widerstand des immer erneuten Bekenntnisses?“

Diese Abseugnung der eben erst feierlich gegebenen Anerkennung erscheint im Organ des Grafen Westarp! Hier enthüllt sich ein Abgrund deutschnationaler Verlogenheit. Man wird verstehen, daß die Republikaner einem Manne wie Reudell nach solcher Selbstenttarnung der Deutschnationalen mit erbittertem Mißtrauen gegenüberstehen.

Eine Lehre aber für alle: wenn die Deutschnationalen schwören, so schwören sie mit gespaltener Zunge!

greifen, hat in Paris ein mit Beunruhigung gemischtes Empfinden hervorgerufen. Man weiß hier genau, daß Italien in China keinerlei Interessen hat, also ein vernünftiger Grund zu einem italienischen Eingreifen nicht vorliegt und diese plötzliche Initiative Mussolinis sich nur so erklärt, daß der Diktator nun einmal unter allen Umständen irgendwo und gegen irgendwen Krieg führen will und weiter sich für diesen „militärischen Spaziergang“ die Kompensationen in Europa reichlich bezahlen läßt.

Die Blätter äußern deshalb ziemlich lebhaft Befürchtungen und sind überzeugt, daß diese italienischen Kompensationen auf dem Balkan liegen, wo Mussolini sich gegen die italienische Unterstützung in China eine wachsende englische Neutralität seinen Expansionsbestrebungen gegenüber sichern will. Diese Erklärung liegt um so näher, als nach am 18. Dezember 1926 Italien auf des englische China-Memorandum ziemlich ausweichend und beinahe ebenso zurückhaltend wie Frankreich und Japan geantwortet hat. Der „Times“ glaubt demgegenüber noch nicht an eine ernste englisch-italienische Interventionsabsicht und eine englisch-italienische Zusammenarbeit in China. Das Blatt ist überzeugt, wenn die italienische Presse in dem ihr eigenen übertriebenen Nationaldünkel eine italienische Intervention mit dem Hinweis verlangt, daß Italien als Großmacht überall dabeisein müsse, hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die italienische Diplomatie verhält sich aber vorläufig mindestens sehr zurückhaltend und spricht nur von einer prinzipiellen Zusammenarbeit mit England in China. Es bleibt deshalb abzuwarten, was für eine Aufnahme in London das italienische Angebot finden wird.

## Lettisch-estländische Zollunion.

Auf dem Wege zur völligen Wirtschaftsunion.

Am Sonnabend haben, wie Wolffs Telegraphenbureau meldet, die Außenminister Letlands und Estlands in Riga den Vertrag über eine Wirtschafts- und Zollunion unterzeichnet. Die Vorbereitungen für die Herstellung der völligen Zollunion werden drei Jahre in Anspruch nehmen. Sie bestehen in der Hauptsache darin, daß zunächst die wirtschaftliche Gesetzgebung beider Länder vereinheitlicht wird, und zwar insbesondere auch die Währungs- und Wechselgesetzgebung. Ferner müssen die Transport- und Verkehrsstarife in beiden Ländern weitgehend einander angeglichen werden. Die Schaffung eines gemeinsamen Zolltarifs und die Festlegung eines Verteilungsschlüssels für die Zolleinnahmen bilden die weiteren erforderlichen Maßnahmen.

Mit dem zollpolitischen Zusammenschluß Letlands und Estlands ist, wenn auch vorerst nur auf einem kleinen Teil der europäischen Landkarte, ein vielversprechender Anfang für ähnliche Schritte in anderen Teilen Europas gemacht. Vor allem wird man aus den Erfahrungen, die dort gemacht werden, lernen können. Wenn auch mit der Größe der Gebiete, die sich zollpolitisch vereinigen wollen (und besonders mit der Größe der in ihrer anstößigen Industrie), die Schwierigkeiten hierfür wachsen, so zeigt doch dieses kleine erste Beispiel schon den richtigen Weg: zuerst Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, der Währungs-, Transport- und Verkehrsverhältnisse — danach Schaffung gemeinsamer Zollgrenzen und -sätze.

Das deutsch-französische Studienkomitee begann am Montag in Berlin eine Tagung. Von deutscher Seite nehmen teil u. a. Reichswirtschaftsminister Curtius, Geheimrat Bücher, Louis Hagen. Aus Frankreich nehmen teil der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts Fontaine, Prof. Dichtberger von der Pariser Universität u. a.

Das Verfahren gegen Landgerichtsdirektor Jürgens wegen Melneids wird am 22. Februar vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin stattfinden. Beisitzer sind die Landgerichtsräte Fischer und Friede, Vorsitzender der Landgerichtsdirektor Bombe. Nach einer amtlichen Auskunft sind die Richter nicht mit Jürgens befreundet, so daß ihre Unparteilichkeit im preußischen Justizministerium nicht angezweifelt wird.







# Gattenmord im Schulkeller.

## Der Täter stellt sich selbst.

Ein Kapitalverbrechen wurde gestern nachmittag in der Gemeindefschule in der Straße 4a, die inmitten von Kleinfriedhörgärten in nächster Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen liegt, ertappt. In einem im zweiten Schulgebäude etwas abseits liegenden Brennstoffkeller wurde die Leiche der 39jährigen Hermine Buchholz, der Ehefrau des an der Schule tätigen 56jährigen Heizers Wilhelm Buchholz, in einer großen Plasttasche liegend, mit einem Knebel im Munde ermordet aufgefunden. Auf einem Polizeirevier in Moabit erschien gestern nachmittag Buchholz und bezeugte sich des Mordes an seiner Frau. Mehrere Beamte eilten nach dem Schulgebäude und fanden die Angaben des Buchholz bestätigt. Frau B. lag mit einer schweren Kopfverletzung, die ihren sofortigen Tod zur Folge gehabt hatte, in einem neben dem Hauptkeller liegenden Brennstoffkeller. Der ganze Befund ließ sofort ein Verbrechen erkennen. Die Mordkommission wurde alarmiert. Einige Kommissare und mehrere Beamte der Kommission begaben sich unverzüglich an den Tatort. Es wurde festgestellt, daß Buchholz hinter dem Rücken seiner Frau mit einer Badefrau seit mehreren Jahren ein Verhältnis unterhielt. Die Ehefrau, die zunächst hiervon keine Kenntnis hatte, kam auf Grund einiger Beobachtungen hinter das Geheimnis. Frau B., die als sehr ruhige Frau geschildert wird, wollte trotz der Ankreue ihres Mannes eine Einigung herbeiführen. Der Mann dagegen wollte von seiner Eifersucht nicht lassen. Die Tat selbst will B. im Verlauf eines Streites begangen haben. Frau Buchholz wollte am Freitag einige Beforgungen machen und bat ihren Mann, mitzukommen. Sie ging in den Keller hinunter, wo ihr Mann im Brennstoffkeller arbeitete. Zwischen beiden ist es nach seinen Angaben wieder zu einer erregten Auseinandersetzung gekommen, die sich derart zuspitzte, daß er einen Ziegelstein ergriff und seiner Frau den Schädel einschlug. In der Schule sind das Verschwinden der Frau nicht weiter auf, da die Frau des Heizers mit dem Lehrpersonal wenig in Berührung kam. Das Gewissen ließ aber dem Täter keine Ruhe. Er begab sich gestern in die Wohnung seiner Schwester, wo er sich nur kurze Zeit aufhielt, und ging von dort zum nächsten Polizeirevier. Der Täter wurde noch gestern abend auf dem Polizeipräsidium eingehend vernommen. Er ist in vollem Umfange geständig.

Wir erfahren zu der Tragödie noch folgende Einzelheiten: Buchholz ist als Heizer in dem großen Gebäude der 311. und 42. Gemeindefschule in der Straße 4a angestellt. In seiner Dienstwohnung lebten mit ihm seine drei Jahre ältere Frau Hermine geb. Hingst, die in Alt-Ruppin geboren ist, und zwei Zwillingstöchter von 17 Jahren, ein Sohn und eine Tochter, die außer dem Hause Beschäftigung haben. Eine zweite Tochter ist bereits verheiratet. Die Ehe, die vor mehr als 25 Jahren geschlossen wurde, war in letzter Zeit nicht mehr ungetrübt, besonders seit Frau Buchholz bemerkt zu haben glaubte, daß

ihre Mann seine Neigung einer anderen zugewandt hatte. Es kam wiederholt zu heftigen Ausbrüchen. Ganz unentwöhnlich wurden die ehelichen Verhältnisse im letzten halben Jahre. So daß Frau Buchholz ihren Kindern gegenüber mehrmals Selbstmordgedanken äußerte. Am gestrigen Montag erschien der Heizer bei einer verheirateten Schwester, die in der Gegend des Prenzlauer Berges wohnt und teilte mit, daß seine Frau seit mehreren Tagen spurlos verschwunden sei. Sein ganzes Gebahren war so eigenartig und seine Reden so mirr, daß die Schwester mit ihm nach dem 68. Polizeirevier ging, um Anzeige zu erstatten. Von dort aus wurde das zuständige Wohnrevier des Mannes, das 49., benachrichtigt. Die Beamten begaben sich alsbald nach dem Schulgebäude und suchten es gründlich ab. Was sie fanden, veranlaßte sie, die Mordkommission der Kriminalpolizei zu alarmieren. Der stellvertretende Chef der Kriminalpolizei, Regierungsrat Scholz, entsandte Kriminalrat Gemant sowie die Kommissare Dr. Knuschat und Duoh mit ihren Beamten an den Tatort.

Im rechten Seitenflügel des ausgedehnten Gebäudes, das ziemlich einzam auf großem Laubengelande steht, befinden sich die Kellerräume, in denen auch die Heizungsanlagen liegen. Dicht am Eingang zu dem Heizkeller führt eine Tür in einen kleinen unbefestigten Raum, in dem Holz, altes Eisen und anderes Gerümpel abgestellt wird. Hier lag Frau Buchholz in einer großen Plasttasche tot auf dem Boden. Der Gerichtsarzt, Geheimrat Fraenkel, der die Leiche besichtigte, stellte fest, daß

die Frau mit einem Ziegelstein erschlagen worden war. Der erste Schlag hatte die rechte Kopfseite getroffen und vermutlich den Schädel zertrümmert, außerdem war das rechte Ohr dadurch zerstört worden. Der zweite Hieb traf die rechte Kinneite. Ferner entdeckte man an der Leiche Druckspuren am Hals. Der Mörder hatte seinem Opfer, um es am Schreien zu hindern, ein Stück von einem Schuereifen als Knebel in den Mund gesteckt und zwar mit solcher Gewalt, daß das Gebiß der Frau herausgefallen war. Buchholz, der verhaftet wurde, gab denn auch mit merkwürdiger Ruhe zu, daß er seine Ehefrau schon am vergangenen Freitag mit dem Ziegelstein erschlagen habe. Die Nachforschungen offenbarten ein seltsames Bild des Charakters dieses Mannes. Seit Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, hatte niemand mehr die Frau gesehen. Als die Zwillinge später von ihrer Arbeit nach Hause kamen und den Vater befragten, erzählte er ihnen, die Mutter sei um 5 Uhr in die Markthalle gegangen und noch nicht wieder heimgekehrt. Während die Kinder zu Hause blieben und warteten, ging Buchholz selbst aus, angeblich, um nach der Verhewirbenden zu suchen. Er kehrte um 11 1/2 Uhr zurück und berichtete, daß alles Suchen vergeblich gewesen sei. Er hatte bereits auf dem Revier Anzeige gemacht. In seinem Wesen war keine Unruhe zu merken. Am Sonnabend vormittag suchte er dann die verheiratete Tochter auf und erzählte ihr ebenfalls von dem Verschwinden der Mutter. Mit seinen beiden Töchtern begab er sich gestern auf das Polizeipräsidium, um in der Vernehmungscentralen wiederum Meldung zu machen.

Er trieb die grausige Komödie seinen Kindern gegenüber soweit, daß er mit ihnen das Schauhaus aufsuchte, um unter den unbekanntem Toten nach der Frau und Mutter zu forschen. Auf dem Rückwege, am Stettiner Bahnhof, suchte er eine Bedürfnisanstalt auf, während die Töchter auf ihn warten sollten. Er kam jedoch nicht zu ihnen zurück, sondern entfernte sich durch einen anderen Ausgang. Am Montag erließ ihn sein Gebiß. Der Verhaftete gestand den Mord an seiner Frau ein, kann aber für seine grauenhafte Tat keinen Beweggrund angeben. Es ist festgestellt, daß Buchholz, der seit 20 Jahren im hiesigen Schuldienst als Heizer tätig ist, seit einiger Zeit dem Alkoholgenuss zuneigte und infolge dessen nervös überreizt war. Wenn Ansehen nach hat er die unglückliche Frau am Freitag, als Lehrer und Schüler des Gebäudes verlassen hatten, in den Heizungskeller gelockt und dort erschlagen. Der Befund läßt darauf schließen, daß Frau Buchholz sich aus allen Kräften zur Wehr gesetzt hat. Der Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer war so heftig, daß der Frau die Nägel und der Mann aus dem Haar fielen. Welche Endwecke Buchholz damit verfolgte, daß er die Ermordete so lange als Vermisste ausgab, läßt sich noch nicht sagen. Die Leiche der Frau wurde zur Obduktion beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht, Buchholz selbst in das Polizeipräsidium.

## Mehrung der Heiraten in Berlin.

Nach einer Mitteilung in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ (herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin) hat die in Berlin im Jahre 1925 beobachtete Mehrung der Heiraten auch im Jahre 1926 fortgedauert. In 1926 wurden hier 36 593 Ehen geschlossen, dagegen in 1925 nur 35 092 und in 1924 gar nur 30 650. Auf das Tausend der durchschnittlichen Bevölkerungszahl kamen in 1926 8,9 Eheschließungen, in 1925 nur 8,7, in 1924 nur 7,8. Das Jahr 1924 hatte einen Tiefstand gehabt, nachdem in den ersten Jahren nach Kriegsende die Eheschließungsziffern ganz außerordentlich hoch gewesen waren. Im Gebiet des heutigen Berlin wurden in 1910 und 1920 51 835 und 52 833 Ehen

geschlossen, 13,6 und 13,7 pro Tausend der Bevölkerungszahl. Danach brachten die Jahre 1921, 1922, 1923, 1924 nur 45 188, 47 685, 41 819, 30 650 Eheschließungen, d. h. 11,6 12,1 10,5 7,8 Eheschließungen pro Tausend der Bevölkerungszahl. Vergleichen muß man die Ergebnisse der letzten Jahre nicht mit denen von 1919, 1920 usw., die unter dem Einfluß der Nachholung aufgeschobener Eheschließungen standen, sondern mit der Zeit vor dem Kriege. Schon in 1913 wurden in dem Gebiet des heutigen Berlin nur noch 36 280 Ehen geschlossen, 9,1 pro Tausend der damaligen Bevölkerungszahl. 1926 brachte, wie oben angegeben, 36 593 Eheschließungen, 8,9 pro Tausend der jetzigen Bevölkerungszahl. Hierin ist in 1926 die Zahl der Eheschließungen von 1913 absolut überholt und relativ fast erreicht worden.

## Ein Abtreibungsprozeß.

### Furchtbares Zuchthausurteil für eine Sechzigjährige.

Ganz Niederbarnimbe wußte es: Ob es keine andere Hilfe mehr, so half die weiße Frau K. — und zwar stets mit Erfolg. Auch die Polizei kannte sie; einmal überraschte sie sie direkt bei der Arbeit. Damals gab es neun Monate Gefängnis; früher einmal schon drei Monate. Als die schon bejahrte Frau K. wieder heiratete und sich nun eigentlich zur Ruhe setzen konnte, da ihr Mann genug für beide verdiente, führte sie trotzdem ihre Praxis weiter.

Sie selbst sagt, daß sie als uneheliches Kind eine traurige Jugend gehabt habe und die Mädchen davor habe schützen wollen, daß sie uneheliche Mütter würden. Wie dem auch sei; eines Tages war das Malheur da. Ein junges Mädchen D., an dem sie den Eingriff vorgenommen hatte, starb an Blutvergiftung. Die Adresse der K. hatte das Mädchen von ihrer Kollegin W. erfahren; auch dieser hatte die K. geholfen. Gerade der Fall der W. aber ist äußerst charakteristisch. Sie hatte einen Arzt konsultiert, der die Schwangerschaft bei ihr festgestellt, jedoch einen Eingriff bei ihr vorzunehmen aus begründlichen Gründen ablehnte. So ging sie zur Frau K. Als diese ihr in ihrer Not geholfen hatte, sorgte sie selbst für weitere Klientel. Die D. hatte aber erst die K. ausgelacht, nachdem sie selbst verschiedene innere und äußere Mittel erfolglos versucht hatte. Durch ihren Tod wurde auch der Fall der W. bekannt. Das Schöffengericht hatte die W. zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist und die Frau K. zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenverlust verurteilt. Die Berufungskammer hat jedoch das Urteil in bezug auf die K. auf und verwies die Sache an das „Schwurgericht“, wo sie zuständig war. Obgleich der Verteidiger, K. A. Dr. Wendt, vor dem Landgericht II für mildernde Umstände plädierte, da auch eine Gefängnisstrafe für die fast 60jährige Frau dem Gesetze genügen würde, verurteilte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß die Angeklagte doch zu der gleichen Strafe wie das Schöffengericht. Von einem Haftbefehl wurde allerdings Abstand genommen. Es ist also immer das gleiche Lied: Hätte man der Forderung der Sozialdemokratie entsprochen, die Abtreibung der Leibesfrucht in den ersten drei Monaten freizugeben, so hätten diese beiden Mädchen nicht die „weiße Frau“ aufsuchen brauchen, und die D. wäre wohl heute noch am Leben. Und dann das andere: ganz Niederbarnimbe und Umgebung wußte, daß man bei der Frau K. Hilfe finden kann, eine Empfehlung sei der anderen. Bedarf es noch anderer Beweise, daß der § 218, auch in der neuen, milderen Fassung, dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht entspricht? Er fordert aber stets neue Opfer.

## Zehnminutenverkehr auf Stadt- und Ringbahn.

Der neue Fahrplan, der im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr umfangreiche Verbesserungen vorsieht, tritt heute, am 8. Februar, in Kraft. Wie bereits bekannt, bringt der neue Fahrplan auf der Ringbahn den Zehnminutenverkehr an Stelle des fünfzehnminutenverkehrs während des ganzen Tages, bis auf die beiden letzten Betriebsstunden und auf den Stadtbahnvorortstrecken nach und von Brunowald, Wilmberg-Friedrichshagen, Köpenick und Niederschöneweide-Johannisthal bis gegen 8 1/2 Uhr abends. Die Zugfolge in den Zellen des starken Berufsverkehrs wird verändert: zwischen der Stadtbahn, Köpenick und Friedrichshagen bis auf fünf und zwischen der Stadtbahn und Ortner und Brinnau bis auf zehn Minuten. Ferner sind eine neue S-Bahnverbindung, durchlaufende Ringzüge, neue Anschlüsse auf den Ubergangsstationen und Halbzüge auf der Stadt- und Ringbahn vorgesehen.

# Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zainlay, Wies.

13] Einen Augenblick später war die Mutter bei mir. Sie setzte sich an den Betttrand und nahm meine Hände: „Warum hast du deinen Vater erzürnt?“

„Aber Mama, ich kann dich ja nicht wegen eines Fehlers, den ich nicht begangen habe, um Verzeihung bitten; du weißt doch, wie ich dir dankbar bin, daß du mich von dort geholt hast.“

„Ich weiß es, Liebste.“

„Mama, es ist schrecklich gewesen und ohne dich wäre ich noch dort, es ist ja keine Schuld, daß ich überhaupt hingekommen bin.“

Die Mutter richtete sich auf, ihr Gesicht war eisig geworden, sie warf mir einen stahlharten Blick zu, der mich erblaffen ließ.

„Dein Vater hatte recht, es war nicht richtig von mir, dich wie einen vernünftigen Jungen zu behandeln, du bist ganz herzlos.“

Ich wollte etwas einwenden, aber die Worte erstarrten auf meinen Lippen; ich ließ meinen Kopf auf die Kissen sinken und wünschte nur zu sterben.

„Man sagt, daß die Kinder die Eltern vereinen, aber du entzweihst deine Eltern.“

Sie warf mir noch einen verächtlichen letzten Blick zu und verließ das Zimmer, die Tür ins Schloß werfend.

Einige Minuten verstrichen und ich verstand noch immer nicht, was die Mutter gesagt hatte. „Das ist ja nicht wahr... Mama, du hast diese Worte nicht gesprochen... es ist nicht wahr...“

Ich preschte die Finger in den Mund, um nicht zu schreien, ich war zerschmettert, vernichtet. Die fürchterliche Szene aus dem Stall fiel mir ein und ich wußte plötzlich, daß die Peitschenhiebe, die mir damals die Haut zerrißen hatten, weniger weh getan hatten als die Worte meiner Mutter. Ich sprang aus dem Bett und ging zum Fenster: „ob man sehr viel leidet?“ Ich schauderte und sah meinen blutigen, zerschmetterten Körper, in dem noch Leben war.

Ich schlüpfte ins Bett zurück.

„Und wenn ich ins Wasser ginge?“ Die Großmutter behauptete neulich, daß man nur einige Minuten leidet, dann

eine wunderbare Musik hört; schließlich stirbt man, ohne es zu wissen — „ja, ja, ich geh' ins Wasser.“

Dieser Gedanke gefiel mir, ich malte mir die Verzweiflung meiner Mutter aus... und genoß sie im vorhinein.

Plötzlich durchquerte mich ein fürchterlicher Gedanke: „Gewiß wird sie im ersten Moment außer sich sein, aber dann... vielleicht wird sie sich freuen, mit ihm allein zu bleiben... sie hat mich ja nicht mehr lieb... Mama, Mama...“

Endlich brach ich in Schläuchen aus, das ich unter der Decke versteckte. Am nächsten Morgen, als ich aufstand, hatte ich das blinde Vertrauen zu ihr verloren. Die schreckliche Angst, die „dort“ meine treue Begleiterin gewesen war, erfaßte mich wieder, zugleich hatte sich der erste Reim der Bitterkeit in meine Seele gesenkt.

## Mädchen für alles.

Diese Szene war nur ein Vorspiel für zahlreiche andere, die sich ein paarmal wöchentlich wiederholten. Damals, als ich an der Liebe meiner Mutter zweifeln mußte, begann ich mit meinem Tagebuch, ein armseliges, halbzerstörtes Heft, das ich mir durch alle Wechselfälle des Lebens gerettet. Ich finde ein paar bezeichnende Sätze darin:

„Heute abend sagte ich Alice etwas; Papa versteht es schlecht und ohne irgendeine Erklärung zu verlangen, schlägt er mich und schießt mich zu Bett; ich darf nicht einmal meine Schulaufgaben machen.“

Ich erinnere mich nicht mehr der Szene, noch dessen, was ich damals Alice gesagt habe, aber ich erinnere mich an viele Schläge. Er riß mich an den Haaren, ohrfeigte mich und schickte mich zu Bett; ich darf nicht einmal meine Schulaufgaben machen.“

Um nächsten Tag küßte er mich zärtlich, um mir zu zeigen, daß er mir verziehen habe. Manchmal setzte er mit überzeugtem Ton hinzu: „Wenn du wästhst, wie du meinem Herzen naheste! Mich schmerzt es mehr als dich, wenn ich dich strafen muß. Frage nur die Mama; gestern konnte ich gar nicht essen.“

Als er das erstmal diese Worte sprach, es waren immer die gleichen, war ich sehr gerührt und hätte ihn am liebsten um Verzeihung gebeten. Ich schlang die Arme um seinen Hals, barg meinen Kopf an seiner Brust und flüsterte: „Papa, Papa.“ Er preschte mich an sich, daß ich fast erstickt wäre, ich sah Tränen in seinen Augen blinken: „Wir werden gute Freunde sein, nicht wahr, mein großer Junge?“

Auf dem Weg zur Schule tanzte ich fast vor Freude. Drei Tage nachher schlug er mich wieder ganz grundlos, und am nächsten Morgen ließ ich seine Liebesreden gleichgültig über mich ergehen. Als er mir die Hand gab und sagte: „Wir werden gute Freunde sein, nicht wahr, mein großer Junge.“ erwiderte ich kaum seinen Händedruck und dachte: „Ja, bis zum nächstenmal!“

So verging ein Teil des Winters. Bald nach Neujahr fiel mir auf, daß mein Vater nicht mehr so häufig fortging; er schützte immer ein anderes Unwohlsein vor und blieb manchmal den ganzen Tag im Bett. Er stand erst gegen zehn Uhr auf, obwohl er vor zehn Uhr abends zu Bett zu gehen pflegte, kleidete sich an und begab sich zur Stadt, um seine Geschäfte zu besorgen.

Desters fühlte ich, wenn er mich küßte, daß sein Atem einen eigenartigen Geruch ausströmte; da blickte ihn dann immer meine Mutter mit strengen Augen an. Seit einigen Wochen stand wieder dieser traurige Ausdruck auf ihrem Gesicht, aber anders, als sie ihn damals vor unserer ersten Trennung gehabt hatte. Auch fand sie nie mehr das schmerzliche, gute Lächeln wie in Genf. Ihre Züge waren verzerrt, ihre blauen Augen wurden groß und nahmen eine stählerne Färbung an; ihre Lippen wurden dünner, sie leuchtete oft, weinte aber fast nie mehr. Sie hatte nervöse und hastige Bewegungen und war erschreckend mager geworden.

Eines Tages, als sie krank lag und mein Vater zu Hause geblieben war unter dem Vorwand, sie zu pflegen, rief er mich in die Küche, zog ein Fläschchen aus seiner Tasche und befahl mir: „Hol' rasch ein wenig Kognat für deine Mutter, es ist ihr sehr schieflich, der Kognat wird ihr gut tun.“

Ich lief fort, aber als ich zurückkam, nahm der Vater die Flasche, setzte sie an den Mund und leerte sie zur Hälfte.

„Dieser Kognat ist scheußlich, er wird deiner Mutter nur schaden; bring mir noch eine Flasche, aber geh' ins Café Charret.“

Ich kannte den instinktiven Abscheu meiner Mutter vor jedem geistigen Getränk, und eine Ahnung stieg in mir auf.

„Lauf, lauf“, sagte der Vater. Ich ging und zögerte einen Augenblick, bevor ich die Schwelle des Cafés betrat. Endlich gab ich mir einen Ruck und ging hinein. Der Saal war in eine Rauchwolke gehüllt, ein beizender Geruch würgte mich im Hals. An der Kassa thronte eine Frau, die mich mit mißtrauischen Blicken musterte.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Einschulung naht!

In dieser Woche beginnen in verschiedenen Vororten Groß-Berlins die Einschulungen für die Schulneulinge. Dort, wo es weltliche und Gemeinschaftsschulen gibt, stehen die Eltern vor einer Entscheidung, die keinem Klassenbewußten Proletariat schwer fallen dürfte, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen rüflet sich die reaktionäre Kirche zur Eroberung der Schule im kommenden Reichsschulgesetz. Nur die Tatsachen einer starken weltlichen Schulbewegung und vieler vollbesetzter weltlicher Schulen bringen die Notwendigkeit ihrer gesetzlichen Anerkennung und die Möglichkeit weiteren Ausbaues.

Warum scheuen sich noch immer sozialistische Eltern, ihre Kinder in die weltlichen Schulen zu schicken? Die immer wieder vorgebrachten Gründe stammen entweder aus dem Lügenbeutel von Pfaffen und pfäffischen Reaktionen oder sind über Klatsch verlegte Eigendrollen, die gehofft hatten, daß weltliche Schulen jedes Kind zu Leuchten der Wissenschaft machen könnten. Sobald die Schule nicht solche Ansprüche befreite, wandten sich diese Leute von ihr weg und gingen wieder zu den Christen. Es hieß, die weltliche Schule sei schuld, daß der Junge oder das Mädchen ein Dummkopf geblieben sei. Man sagt, die weltliche Schule lehre zu wenig. Kinder, die von dort zur höheren Schule wollten, hätten starke Mängel gezeigt. Es sei zugegeben, daß eine moderne Schule den Kram, den eine rückständige höhere Schule voraussetzt, nicht in die Köpfe ihrer Schüler pflanzt. Aber die leichtere geistige Beweglichkeit wird hier bald den Ausgleich schaffen, wie vielfach von höheren Schulen bestätigt wurde. Schließlich muß aber verlangt werden, daß auch die höhere Schule vom Wissensdrill zum Schaffensdrang kommt. Für die „antike“ Schönheit dieser Schule dürfen nicht freie Geister geopfert werden. Erschweren die Zeugnisse ohne Religionszensur dem zur Entlassung kommenden Kinde die Arbeits- und Stellensuche? In der ersten Zeit soll das hier und da vorgekommen sein. Heute hört man nichts mehr davon. Es ist vielmehr festgestellt worden, daß bei psychotechnischen Eignungsprüfungen, die in erster Linie Geistesgegenwart und selbständiges Denken und Handeln erfordern, unsere Schulabgänger prozentual am besten abschnitten, so daß einzelne Betriebe diese Kinder aus der Erfahrung mit ihnen vor anderen vorzogen. Immerhin muß verlangt werden, daß auf den Zeugnisformularen für weltliche Schulen die Religionsfrage in Zukunft wegliebt. Schauererregende Märchen sind in Umlauf über die „Ungezogenheiten“ und „Frechheiten“ der Kinder weltlicher Schulen gegenüber Lehrern und Eltern. Schlägereien unter Kindern infolge der großen Freiheiten der Schüler dort häufiger als anderswo. In Wirklichkeit kann sich jeder Überzeugen, daß das Gegenteil der Fall ist. Jeder einsichtige Besucher erklärt immer wieder, daß gerade das Verhalten der Kinder untereinander und dem Lehrer gegenüber getragen ist von einer ungezwungenen, harmlos freundlichen und frischen Art, die sie in Erfahrenen weckt. Nur Pedanten und Formenmenschen können Fröhlichkeit und Ungezogenheit verwechseln. Lehrer an Fortbildungsschulen schreiben, daß die Kinder der Gemeinschaftsschulen in ganz hervorragender Weise für Vertrauensposten sich eignen, da sie den ernststen Willen zur Gemeinschaftsarbeit mitbringen.

Den zwingendsten Beweis für die hervorragende Arbeit der weltlichen Schulen aber bietet die ungeheure Zahl der Besucher aus Fach- und Laienkreisen, die aus Verneiner und Interesse gekommen waren und zum überwiegenden Teil hochbefriedigt davongingen. Selbst die zentralen Körperschaften, die vorgehenden Behörden, empfehlen bei Fremdenbesuchen in erster Linie die weltlichen Schulen, und diese haben ihre Pforten allen stets geöffnet. Die Schmäher haben nie in das Treiben der anderen Schulen hineingeblickt.

Darum, Eltern, wollt ihr eure Kinder einer gesunden „Körper- und freien Geistesbildung“ zuführen, meldet sie bei den weltlichen Schulen an.

## Die Neutöllner weltlichen Schulen:

1. 31.	Gem.-Schule (Rektor Wittbrodt)	Lebensgemeinschaft
2. 32.	„Tenen“	Schulen
3. 41./42.	„Schulz“	Militärstraße
4. 43./46.	„Casparius“	Lebensgemeinschaft
5. 5.	„Donitz“	Karl-Friedr.-Str. 4
6. 6.	„Betlage“	Mariendorfer Weg
7. 15.	„Wildebrandt“	Leffingstraße
8. 16.	„Bieflaff“	
9. 20.	(weltliche Klassen)	Bergbergplatz
10. 7./8.		Wahlower Straße

Eltern Neutöllns! Einschulungen und Einschulungen nur in diese Schulen!

## Deutschvölkische Heze und Verleumdung.

Wiederum — zum fünften Male — ist das Gefallenen-Denkmal der Christuskirche in der Königgräber Straße von Hutband mit Farbe, diesmal mit schwarzer, beschmutzt worden. Es scheint sich hier um einen Geisteskranken zu handeln. Diesen besagten Vorfall, der leider auch nach seiner in den Weihnachtstagen geführten Wiederholung nicht aufgeklärt worden ist, dessen nunmehrige energische und schnelle Aufklärung aber unabwendbare Aufgabe der Polizei ist, benutzt die „Deutsche Zeitung“ zu einer geradezu abscheulichen und widerwärtigen Beschimpfung der Sozialisten und Kommunisten. Das Papier aus der Hedemannstraße läßt sich also vernehmen:

„Die würdelose Heze, die von marxistischer Seite her seit langem gegen die für jeden Deutschen selbstverständliche Ehrung unserer Gefallenen getrieben wird — man erinnert sich noch der herausfordernden Beschimpfung des Augustaner-Denkmal in der Hafendie durch die sozialistische und kommunistische Presse — hat erneut zu einer recht bezeichnenden Hezemaßnahme geführt.“ (1)

Wie aber hat sich z. B. der „Vorwärts“ in Wirklichkeit zu der Beschimpfung gestellt. Am 27. August, nach dem dritten Vorfall, schrieb der „Vorwärts“ wörtlich folgendes: „Was muß das für ein Mensch sein, der sich in gehässiger Ohnmacht an Totensteinen vergreift? Was treibt ihn zu solch sinnloser, solch fruchtloser Tat. Ist es ein Fanatiker, der instinktiv einem übersteigenden Hochgefühl zum Opfer fällt, ein geistig Kranker, den nichts anderes treibt als eine fixe Idee, eine unmotivierte Zerstörungswut? Diesen Stein wird man zu anderen Zeiten kaum gewahrt. Aber jetzt steht er dort wie ein hilfloser, sehr einsamer Dauder, dessen beides Antlitz über und über mit Blut bespritzt ist. Was muß das für ein Mensch sein, der diesen einsamen Stein, dem Andenken jener Toten geweiht, so grauam besudelt?“ Und diese von christlichem Bedauern und wahrem Mitleid diktierte Zeilen möchte der geistig minderbemittelte Schriftsteller der „Deutschen Zeitung“ jetzt zu einer „würdelosen Heze von marxistischer Seite“ umfälschen. Wir wiederholen es aber nochmals: Die Polizei sollte alles tun, um den Verübender der fünfmaligen Beschimpfung endlich zu ermitteln. Dann wird sich das Übrige finden.

## Der neue Fernsprechtariff.

Wie der „Allgemeine Preßdienst“ der Antwort des Preussischen Handelsministers auf eine Kleine Anfrage einiger Landtagsabgeordneter entnimmt, erscheint es für die Preussische Staatsregierung unter Berücksichtigung der Geldentwertung und der Finanzlage der Reichspost nicht angängig, bei der Reichsregierung in Richtung einer weiteren Gebührenermäßigung vorstellung zu werden. Die Staatsregierung wird aber darauf hinwirken, daß eine unbillige Mehrbelastung der

Wenigsprecher vermieden und eine etwa erforderliche wachsende Gebührenerhöhung auf das geringstmögliche Maß beschränkt wird.

## Ein Bauprogramm der Straßenbahn.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tarifreform gehen die städtischen Verkehrsunternehmungen daran, ihr Bauprogramm für dieses Jahr neu aufzustellen. Bei der Hoch- und Untergrundbahn ergeben sich die Bauarbeiten zwangsläufig aus der Notwendigkeit, die betrieblichen Anlagen und vor allen Dingen die Bahnhöfe auf die zu erwartende Steigerung des Verkehrs einzustellen. Eine ganze Reihe von Bahnhöfen werden mit neuen Zugängen, Treppenanlagen usw. versehen, andere Bahnhöfe, wie z. B. der Bahnhof Zoologischer Garten, werden bedeutend erweitert, auf den Verkehr mit U-Bahnwagenzügen eingerichtet und mit einem zweiten Ausgang versehen. Der bedeutendste

## Öffentl. Siedlerversammlung

am Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr im Lokal Esserich, Kaulsdorf, Frankfurter Str. 55

Vortrag: Siedlerfragen. Referent: Stadtrat Emil Wulff. Erscheint in Massen! Erscheint in Massen!

Umbau wird der vollständige Neubau des Bahnhof Kottbusser Tor sein, der im Zusammenhang mit dem Neubau an der Bahn Gesundbrunnen-Neutölln in diesem Sommer quer über den Kottbusser Damm verlegt wird.

Die Berliner Straßenbahn hat ihr Bauprogramm für neue Linien und Erweiterungen, das ursprünglich nur auf 5,3 Millionen Mark berechnet war, erheblich erweitert. Zunächst ist vorgesehen die endgültige Fertigstellung der über die Heerstraße bis nach Spandau führenden Linie, Ausbau der Seestraße zwischen Hofen- und Amrumer Straße, der Verbindung der Seestraße, Christianistraße, Bornholmer Straße, Wisbner Straße, Erweiterungen in Alt-Neubau, Durchführung der Straßenbahn am Weichenauer Weg, Ausbau der Paradesstraße zum Flughafen, Verlängerung vom Bahnhof Grünau nach Alt-Glienide-Hollenberg, zweigleisige Verbindung in der Zehlendorfer Straße, Ausbau zwischen Britz-Buschstr. und Tempelhofer Damm. Weiter hat der Aufsichtsrat der Straßenbahn beschlossen, noch in diesem Jahre die Verbindung nach Lichterfelde, nach Lübars und von Kummelsburg am Elektrizitätswerk vorbei durchzuführen. Außerdem soll der seit langem projektierte Straßenbahnhof in Charlottenburg fertiggestellt werden.

Auch die Omnibussgesellschaft wird in diesem Jahre ihr Liniennetz erweitern, wahrscheinlich wird der Betrieb auf der Strecke Spandau-Staaten und von Steglitz nach Bantwitz aufgenommen werden.

In erster Linie aber werden die Mittel der Omnibussgesellschaft aber voll dadurch in Anspruch genommen werden, daß die älteren Wagen durch neue Doppeldeckerwagen ersetzt werden.

**Arbeiterfängerband, Gau Berlin.** Wir erlauben um rege Teilnahme an der am Donnerstag im Sportpalast stattfindenden Massenkundgebung. Der Gesangchor singt unter Herrn Rohrbach „Frühlingstürme“, „Gesang der Vögel“, „Ich warte dein“ usw. Die Sänger zeigen am Eingang ihren Ausweis und sammeln sich bei der Rednertribüne. Frühzeitiges Erscheinen wird erwartet.

**Heinrich Stary bleibt in Haft.** Die Große Strafkammer des Landgerichts I, die gegenwärtig unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lehmann die Berufungsverhandlung in dem großen Betrugsprozess gegen den Kaufmann Heinrich Stary führt, prüfte in mehrstündiger mündlicher Verhandlung den Haftentlassungsantrag des Angeklagten und kam zu der Überzeugung, daß der Verdacht gegen Heinrich Stary durchaus berechtigt erscheine, Zeugen beeinflusst zu haben, um in der Berufungsverhandlung für ihn günstiger als vor dem Schöffengericht auszusagen. Deshalb hielt die Strafkammer wegen Verdunklungsgefahr den Haftbefehl gegen Heinrich Stary aufrecht.

**Eine rätselhafte Selbstmordaffäre.** Die Feuerwehr, Wache Hafenplatz, wurde gestern abend gegen 1/8 Uhr nach der Möckernbrücke am Tempelhofer Ufer gerufen. Vorübergehende hatten beobachtet, wie sich aus dem Dunkel plötzlich die Gestalten eines Mannes und einer Frau lösten und von der etwa drei Meter hohen Böschung in den Landwehrkanal sprangen. Die Feuerwehr, die nach wenigen Minuten an der bezeichneten Stelle erschien, suchte das



„Die Stunde der Lebenden“ am Sonntag war einem Manne gewidmet, der wenig populär ist und auch wenig Aussicht hat, populär zu werden, und der dennoch den Titel Dichter verdient, der manchen seiner bekannteren Vorgesetzten ohne Berechtigung zuteil wurde: Robert Musil. In den Bruchstücken aus seinen Werken, die er selber las, trat ausgezeichnet das psychologisch Schärfende zutage, das Musils gesamtes Schaffen charakterisiert. Alfred Kerr gab eine Einführung. Der Abend brachte eine nette funterbunte Veranstaltung. Vertoll von den Montagsvorträgen waren Karl Adams Ausführungen „Maschine und Arbeiter“ in der Reihe „Mensch und Arbeit“. Karl Adams gab ein Bild von der Arbeit am laufenden Band, das auch denen, die begeistert diese von Amerika übernommene Erfindung zur Rationalisierung der Arbeit preisen, zu denken geben konnte. Die Arbeitszeit für jeden Handgriff ist auf die Zehntelsekunde ausstaffiert. Zwischen acht Stunden Arbeitszeit liegen eine Frühstückspause und eine Mittagspause von je einer Viertelstunde, außerdem zweimal zehn Minuten zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse. Jede andere Unterbrechung ist unmöglich, da sie zu Betriebsstörungen führt. Unablässig macht der Mensch die gleichen Handbewegungen automatisch, ohne aufzuheben, ohne Möglichkeit, auch nur etwa das Taschentuch zu ziehen. Schnell wird der Mensch dabei verbraucht. Als Ford das laufende Band eingeführt hatte, kam aus Amerika die Nachricht, daß es die Arbeiter trotz guter Bezahlung selten länger als sechs Wochen bei dieser Tätigkeit aushielten. Trotzdem haben heute auch in Deutschland die meisten Groß- und Mittelbetriebe das laufende Band eingeführt, und es ist wohl der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die so durch diese „Rationalisierung“ noch gefördert wird, zuzuschreiben, daß die deutschen Arbeiter daran aushalten. Ueber die Entfaltung von Angst- und Zwangsvorstellungen sprach Dr. med. Ernst Rothe. Er zeigte die begründete, härter aber noch unbegründete Angst, die Wurzel der meisten Zwangsvorstellungen ist, die sich daher heilen lassen, wenn man es versteht, ihnen zu Leibe zu gehen. Unter Umständen wird dabei allerdings das Eingreifen eines Arztes notwendig sein. — Die Abendveranstaltung brachte April von Christian Morgenstern und Arno Holz, die Dolor Ludwig Brandt eindrucksvoll, nur selten mit überpathetischer Gewandtheit, sprach. Dr. Konrad Georg wurde in einem einleitenden Vortrag dem Schaffen der beiden Dichter gerecht. Er charakterisierte Holz als den Dichter, der die Welt umspannen will, wogegen Morgenstern sie von innen heraus erschaffen sollte. Anschließend an Brandts Rezitationen brachte Kammermeister Josef Wolfthal, von Bruno Seidler-Winkler am Flügel begleitet, mit virtuoser Kunst die D-Dur-Sonate von Radini und Tartini's Teufelstrücker-Sonate.

Wasser eine volle Stunde lang ergebnislos ab. Andere Passanten wollten nach eine dritte Person, angeblich ein Kind, beobachtet haben, das mit ins Wasser sprang. Später gelang es, zwei Leichen zu bergen, und zwar die des achtzehnjährigen Erwin Lamprecht aus der Hufschmiedstr. 18 und der siebzehnjährigen Gertrud Neuling aus der Wellermannstr. 82.

## Massenunfälle bei der Leichenfeier in Tokio.

Tokio, 7. Februar. (W.Z.) Während des Leichenbegängnisses des verstorbenen Kaisers wurden an einer Stelle im dichten Gedränge ungefähr 100 Personen verwundet, davon fünf schwer, eine wurde getötet. An einer anderen Stelle des Weges wurden 20 Personen in einen Graben gestoßen. Zu den Leichenfeierlichkeiten hatte sich etwa 1 Million Menschen in den Straßen angeammelt.

## Großfeuer in einer Porzellanfabrik.

Striegau, 7. Februar. (W.Z.) In der Striegauer Porzellanfabrik Stannowitz A.-G. brach am Sonntag Großfeuer aus. Das 500 Quadratmeter umfassende dreistöckige erst vor wenigen Jahren errichtete Gebäude stand in kurzer Zeit in Flammen. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Der Schaden ist sehr groß. Von der großen Belegschaft der Fabrik dürfte ein Teil vorübergehend brotlos werden.

## Neue Geheimbrennereien im Rheinland.

Die Kölner Kriminalpolizei nahm einen Kaufmann fest, der im Auftrag der sächsischen Spritkührer Gebrüder Schwarz aus Köln, durch deren Steuerhinterziehungen und Spritdiebstehlen das Reich um Millionen geschädigt worden ist, zwei verdächtige Entgüllungsfabriken leitete. In diesen Betrieben sind nach den Feststellungen der Polizei allein in den letzten zwei Monaten etwa 20 000 Liter Monopolin zu reinem Alkohol umgearbeitet worden. Die Polizei kam auch weiteren Mitarbeiter der Brüder Schwarz auf die Spur. Von einem Café in Köln aus fanden sie in ständiger Fernsprechverbindung mit den geflüchteten Schloßern in Brüssel.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 62, Lindenstraße 2. Bitte an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 1. Kreis Reichshausen. Mittwoch, 9. Februar, 7 Uhr, außerordentliche Parteiverammlung im Rathaus, Stadtdirektor-Einigungslokal. Einladungen ab 6 1/2 Uhr beim Genossen Fischer, Spandauer Straße.
- 2. Kreis Kreuzberg. Die Abteilungen werden gebeten, die Anmeldungen für die weltliche Schule spätestens bis Donnerstag, 10. Februar, beim Genossen Giehl, Berlin S.W. 6, Blücherstr. 36, Quart. III, abzugeben.

### Heute, Dienstag, den 8. Februar:

- 7. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Garnis Fehlfeld, Gartenstr. 6, Mitglieberversammlung. Vortrag: „Wohnungswirtschaft.“ Referent Ernst Kuben. Alle Genossen und Genossinnen werden gebeten, bestimmt zu erscheinen.
- 8. Wkt. 8 Uhr bei Richter, Strinowstr. 104, wichtige Funktionärsvorstellung.
- 10. Wkt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Dr. Gutierrez, 26, Funktionärsvorstellung. Wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

### Morgen, Mittwoch, den 9. Februar, Mitgliederversammlungen und Jahlabende:

- 1. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulhaus, Auguststr. 68, Vortrag: „Menschen, Monarchie und Bevölkerungspolitik.“ Referent Dr. Wiese, M. d. R.
- 2. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Ohmgenach, Kommandantenstr. 22, Vortrag der Genossin Margarete Schmalz. Thema: „Sozialdemokratie und Zentrum.“
- 3. Wkt. 7 1/2 Uhr im Saal 3 des Gemeindefestsaales, Engelstr. 24/25, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Robert Bauer. Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung. Die Bezirksschreiber haben bestimmt ein.
- 4. Wkt. 7 1/2 Uhr im Lokal Schwarz, Blankenfeldestr. 8, Vortrag: Sozialistische Kommunalpolitik. Referent Dr. Siegfried Weinberg.
- 5. Wkt. 7 1/2 Uhr im Rohnthalers-Hof, Rohnthalers Str. 111/12, Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur neuen Regierung.“ Referent Viktor Schiff.
- 6. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Witzner, Schwabstr. 23, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Ernst Neumann. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 9. Wkt. 7 1/2 Uhr im Krusenhof, Verlegerer Str. 29, Vortrag: „In der Opposition.“ Referent Dr. Karl Biererhoff. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen. Bormittler und Kompromittierende sind eingeladen.
- 10. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schule Alt-Neubau 23, Vortrag: „Finanz- und Steuerfragen.“ Referent Dr. Theodor Caslau. Alle willkommen.
- 11. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Berger, Levetowstr. 21, Ecke Jagowstraße, Vortrag: „Arbeiterfrage und Bürgerkrieg.“ Referent Siegfried Kuschler, M. d. R. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
- 12. Wkt. 7 1/2 Uhr im Lokal Schmidt, Welfenstr. 17, Vortrag: „Reichswehr und Republik.“ Referent Genosse Richter. Die Bezirksschreiber haben bestimmt ein.
- 13. Wkt. 7 1/2 Uhr im Krusenhof, Verlegerer Str. 29, Vortrag: „Das rote Wien.“ Referent Otto Reier, M. d. R.
- 14. Wkt. 8 Uhr Jahlabende bei Gottlieb, Putzbräu Str. 24, Starb, Putzbräu Str. 14 und Banl, Baumstraße, Ecke Verkingstraße.
- 15. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Schmidt, Bismarckplatz 7 und Runge, Ackerstraße 49.
- 16. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Böbling, Brunnenstr. 78 und Müller, Scheringstr. 10.
- 17. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gertl, Legeler Str. 50, Bade, Triftstr. 40 und Schreiber, Triftstr. 61.
- 18. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gohse, Lindener Str. 26, Schönow, Rosenstr. 2, Schmidt, Rolberger Str. 24, Köpfe, Pantstr. 46 und Müller, Uferstr. 12.
- 19. Wkt. 8 Uhr Jahlabende, Bezirk 805, 806: Grunert, Pantstr. 10. — Bezirk 807 bis 810: Schreier, Grünthalers Str. 11. — Bezirk 811: Robinson, Grünthalers Str. 6. — Bezirk 812: Schulz, Strittner Str. 12. — Bezirk 813: Zeise, Wellermannstr. — Bezirk 814 bis 819: Schuchardt, Christianistraße 114. — Bezirk 820: Grünberg, Weinsackstr. 37.
- 20. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Benitz, Schulstraße, Pote, Koloniestr. 13, Fritsch, Deutscher Str. 4 und Lokal Stümper, Ecke Koloniestr. 41.
- 21. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Lokal Dannewitz, Schulstr. 24, Lichtbildvortrag. — Lokal, Uferstr. 12, Vortrag: „Wohnungsfragen.“ Referent Genosse Reul. — Lokal, Uferstr. 12, Vortrag: „Der Arbeitsmarkt in Amerika.“ Referent Viktor Wilsau. — Lokal, Uferstr. 12, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Robert Jendel. — Schreier, Antonstr. 8. Referent Genosse Pöhl.
- 22. Wkt. 7 1/2 Uhr im Lokal Bograd, Müllerstraße, Ecke Seestraße, obere Coal, Wahl der Abteilungsleitung.
- 23. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Liebe, Pappstr. 18. Referent Adolf Holz. — Genowald, Kameruner Str. 19. Referent Gertrud Hanna, M. d. R. — Leubnowski, Seefr. 104. — Laube, Müllerstraße. Vortrag: „Aufklärung der Großstadt und die Reinigung.“ Referent Genosse Hoffmann.
- 24. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: 1. Gruppe: Köster, Jannowitzstr. 25, Vortrag: „Der Entwurf eines Agrarprogramms.“ Referent Regierungsrat Otto Weißheit. — 2. Gruppe: Schmidt, Reinharder Straße. — 3. Gruppe: Wimmer, Christburger Straße, Ecke Wilschstraße. — 4. Gruppe: Richter, Großmaler Str. 80b, Schwergelhäuser.
- 25. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gertl, Röntgen und Baronski. Referent in allen Fällen.
- 26. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Reinlich, Weichenauer Str. 1, Vortrag: „Die politische Lage.“
- 27. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Weidberg, Gaudenstr. 6, Poggendorf, Sonnenburger Str. 1, Zehlfert, Ropenhagen Str. 37. Jahrtliche Beteiligung wird erwartet.
- 28. Wkt. 8 Uhr Jahlabende: Bezirk 27: Krause, Belforter Str. 19. Vortrag: „Konsum oder Produktionsfrage.“ Referent Bruno Groppier. — Bezirk 28: Kemper, Reinharder Str. 22. — Bezirk 28b und 28c: Hartwig, Bismarckstraße 18. — Bezirk 28: Lehmann, Wörther Str. 12. — Bezirk 28b: Richter, Poggendorf Str. 5. — Bezirk 28a und 28d: Rühl, Obermer Straße 49. — Bezirk 244: Jandl, Rantzenallee 29/30, Vortrag: „Schul- und Erziehungsfragen.“ Referent Bruno Theel. — Bezirk 245: Meyer, Oberberger Str. 26, Vortrag: „Der Bürgerkrieg.“ Referent Adolf Birch. — (Wahlung, Frauen) Am Donnerstag, 10. Februar, Beschließung des Konsumwarenhauses in Charlottenburg, Röntgenstr. 4. Treffpunkt: dort nachmittags 3 Uhr.
- 29. Wkt. 7 1/2 Uhr im Altesheim, Pöhliger Str. 62, Vortrag: Partei- und Arbeiterbewegung. Referent Friedrich Otto Roth. Wahl der Kreisdelegierten. Verschiebung. — (Wahlung) Vor der Beschließung findet eine kurze Feier für unseren Jubilär, den Genossen Reinhold Haller statt. Wir bitten um recht zahlreichste Beteiligung.
- 30. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gohlfeld, Gohlfeldstr. 17. M. d. R. Schindler, Gohlfeldstr. 22, Schreier, Schreierstr. 24.
- 31. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Hoffmann, Stralauer Allee 17, Wegener, Stralauer Allee 11, Riehl, Simon-Dach-Straße 24. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
- 32. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Hoffmann, Gubener Str. 19. Vortrag: „Der Entwurf eines sozialistischen Agrarprogramms.“ Referent Hans Müller. Wkt. 7, Wilschauer Str. 17, Vortrag: „Der Bürgerkrieg.“ Referent Dr. Alfred Freund.
- 33. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Gruppe Kappeler. Vortrag: „Das Leben in der weltlichen Schule.“ Referent Viktor Richter. — Gruppe Wankel: Vortrag: „Sozialpolitik.“ Referentin Eva Rabian. — Gruppe Schulz: Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Wilhelm Tietgens. — Gruppe Borkowski, Vortrag: Jugend und Partei.“ Referent Willi Schwarz.
- 34. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: 1. Gruppe: Busch, Wilsch Str. 26. — 2. Gruppe: Bühne, Bornholmer Straße, Ecke Wilschstraße. — 3. u. 4. Gruppe: Wilschauer, Verlegerer Str. 5. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.



37. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 38. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 39. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 40. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 41. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 42. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 43. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 44. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 45. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 46. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 47. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 48. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 49. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 50. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 51. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 52. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 53. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 54. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 55. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 56. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 57. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 58. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 59. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 60. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 61. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 62. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 63. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 64. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 65. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 66. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 67. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 68. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 69. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 70. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 71. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 72. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 73. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 74. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 75. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 76. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 77. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 78. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 79. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 80. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 81. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 82. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 83. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 84. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 85. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 86. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 87. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 88. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 89. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 90. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 91. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 92. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 93. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 94. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 95. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 96. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 97. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 98. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 99. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 100. Abt. 7 1/2 Uhr: ...

(Genosse Schlimme über: „Politische und wirtschaftliche Demokratie“); die ... 101. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 102. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 103. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 104. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 105. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 106. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 107. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 108. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 109. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 110. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 111. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 112. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 113. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 114. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 115. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 116. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 117. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 118. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 119. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 120. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 121. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 122. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 123. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 124. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 125. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 126. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 127. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 128. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 129. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 130. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 131. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 132. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 133. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 134. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 135. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 136. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 137. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 138. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 139. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 140. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 141. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 142. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 143. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 144. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 145. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 146. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 147. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 148. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 149. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 150. Abt. 7 1/2 Uhr: ...

145. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 146. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 147. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 148. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 149. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 150. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 151. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 152. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 153. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 154. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 155. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 156. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 157. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 158. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 159. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 160. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 161. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 162. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 163. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 164. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 165. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 166. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 167. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 168. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 169. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 170. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 171. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 172. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 173. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 174. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 175. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 176. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 177. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 178. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 179. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 180. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 181. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 182. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 183. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 184. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 185. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 186. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 187. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 188. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 189. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 190. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 191. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 192. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 193. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 194. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 195. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 196. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 197. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 198. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 199. Abt. 7 1/2 Uhr: ... 200. Abt. 7 1/2 Uhr: ...

# Der Kettenraucher

rauchet er Ketten,  
Raucht nur **Massary**-Zigaretten,  
Denn nur **Massary** glaubt es mir  
Erregt stets neue Rauchbegier,  
Weil nämlich - was (wie zu begreifen)  
Die Spatzen von den Dächern pfeifen -  
Just die **Massary** sich erfreut  
Der äußersten Bekömmlichkeit!  
Zart ist sie, duftig, mild und leicht  
Und im Aroma unerreicht.  
Um ihren Wohlgeschmack zu schildern,  
Fehlt es dem Dichter selbst an Bildern.  
Ihr Wohlgeruch bezaubert jeden,  
Entstammt direkt dem Garten Eden,  
Drum der **Massary** - merk's aufs Neu!  
Bleib wer sie einmal rauchte, treu!



**Massary-Perle** GOLD- u. PURPUR MUNDST. 4  
**Massary-Delft** GOLD- u. TÜRKIS MUNDST. 5  
**Massary-Ritter** GOLD- u. SEIDEN MUNDST. 6

## Urteilen Sie selbst!







# Die Erwerbslosenversicherung.

## Erste Lesung. — Sozialdemokratische Kritik am Regierungsentwurf.

Auf der Tagesordnung des Deutschen Reichstags stand gestern der Gesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erinnert daran, daß dem Reichstag bereits im Jahre 1923 eine ähnliche Vorlage zugegangen sei, die damals allerdings nicht erledigt worden sei. Die Arbeitslosenversicherung sei schon lange vom Reichstag von den Vätern, von Arbeitern und Unternehmern gefordert worden. Die hier zu lösende Aufgabe sei außerordentlich schwierig. Vor dem Kriege habe man eine derartige Versicherung für unmöglich gehalten wegen der verschiedenartigen Länge der Arbeitslosigkeit und der mangelnden Kontrolle des Arbeitswillens. Man habe auf Amerika hingewiesen, wo der Arbeiter selbst für die Zeit der Erwerbslosigkeit Sorge. Dieser Vergleich sei aber wegen der viel höheren Löhne der amerikanischen Arbeiter nicht anwendbar. Man könne auch den Gewerkschaften die Lösung dieser Aufgaben nicht überlassen.

Es komme jetzt vor allem darauf an, die Beitragsleistung in ein angemessenes Verhältnis zu der zu gewährenden Unterstützung zu bringen. Der Entwurf verzichte darauf, die Dauer der vollen Erwerbslosigkeit auf die Versicherung zu übernehmen. Er stelle die soziale Zwangsfürsorge neben die Versicherung.

Die jetzige ungünstige Lage des Arbeitsmarktes dürfe nicht als Grundlage genommen werden, sie bilde eine Ausnahme, sie sei eine Folge der durch den Krieg hervorgerufenen Verwirrung in der Weltwirtschaft. Das englische Vorbild für die Arbeitslosenversicherung sei nicht ohne weiteres nachzuahmen, da dort nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter auch Unterstützung daraus erhalte, die Mehrheit sei auf die öffentliche Fürsorge angewiesen. Die Frage, ob diese Versicherung sich nicht mit einem der schon bestehenden Zweige der Sozialversicherung verbinden lasse, verneint der Minister. Lediglich mit der Organisation der Arbeitsvermittlung müsse eine enge Verbindung hergestellt werden. Dabei kommt es vor allem auf die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises an, die im Jahre 1926 und 90 Proz. aller Arbeitsvermittlungen vorgenommen haben. Der Minister wünscht, daß dieses Gesetz zum 1. April d. J. in Kraft trete.

### Abg. Brey (Soz.)

weist darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen wieder in starkem Zunehmen begriffen ist. Am 1. Januar hatten wir 1,7 Millionen, am 15. Januar 1,8 Millionen Erwerbslose. Es ist zu befürchten, daß mit Beginn des Februars wieder die Zahl von 2 Millionen erreicht worden ist. Jeder Sozialpolitiker muß sich fragen: wozu soll das führen? In dieser Zahl zeigt sich der wirtschaftliche Verfall der arbeitenden Bevölkerung mit allen ihren Gefahren. Es verzeiht kaum ein Tag, an dem nicht die Zeitungen über Verzweiflungsakte von Erwerbslosen berichten. Daraus ist zu folgern, daß die Arbeiter und Angestellten in der bisherigen Erwerbslosenunterstützung ausreichende Hilfe und Fürsorge nicht finden. Auch das vorliegende Gesetz wird sie vor Not und Elend nicht bewahren. Aus den einseitigen Worten des Reichsarbeitsministers haben wir leider nichts über die Ursachen der Erwerbslosigkeit gehört. Die sogenannten Wirtschaftsführer lassen sich ja nicht ungünstig über die weitere Entwicklung der Wirtschaft aus. In der Tat ist den Unternehmern der Boden für eine günstige Entwicklung bereits durch Steuernachlässe, staatliche Kreditmaßnahmen und ähnliches. Die Reichskreditanstalt brachte kürzlich die Nachricht, daß der Produktionsüberschuß der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926, der zur Bildung von neuem Kapital verwendet werden konnte, auf 6,3 Milliarden Mark zu beziffert sei.

Ohne Zweifel geht es mit dem Kapital wieder aufwärts. Aber daneben läuft die Verelendung des arbeitenden und schaffenden Volkes. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Eine ungeheure Reservearmee drückt auf Lohn und Arbeitszeit. Weil es dem Kapital gut geht, geht es dem wertvollen Volke schlecht. Die Rationalisierung und Mechanisierung der deutschen Wirtschaft hat in der Arbeiterklasse Folgen gezeitigt, die den Ruf nach tiefergehenden Maßnahmen immer berechtigter erscheinen lassen. Wir müssen endlich zu einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms kommen, ferner zu einer Erhöhung der Arbeitslöhne, drittens zur Verringerung der Arbeitszeit, und viertens zu organisatorischen Eingriffen in die Arbeitsverteilung. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Der Reichsarbeitsminister hat das Genfer System abgelehnt. Auch in dem Gesetzentwurf heißt es, wird behauptet, daß die Erfahrungen in dem Genfer System ungünstig seien, es wird gesagt, manche Berufsvorbände lehnten sie ab. An der Spitze der Gegner des Genfer Systems steht der deutschnationale Abg. Lambach, der dagegen ist, daß die arbeitende Bevölkerung die Wahrung ihrer Klasseninteressen in die eigene Hand nimmt. Welche Erfahrungen sind bisher mit der Erwerbslosenversicherung gemacht worden, deren Träger die Gewerkschaften waren? Bei Ausbruch des Krieges war keine einzige der vorhandenen Organisationen imstande, die Ansprüche der Erwerbslosen zu erfüllen. Auch später konnten das nur wenige der Verbände tun. Noch im Laufe der letzten Jahre haben gewerkschaftliche Organisationen die Erwerbslosenunterstützungsfähigkeit ermäßigt, oder sie haben sie unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse ganz einstellen müssen. Ich bin nicht Optimist genug, daß dieser Zustand bald überwunden werden wird. Es hat sich dagegen in dieser Zeit gezeigt, daß die auf staatlichem Zwang aufgebauten Versicherungseinrichtungen, wenn auch unter großen Schwierigkeiten sich halten konnten.

Das Ziel der jetzt zu schaffenden Versicherung muß sein, den Arbeitslosen ein Recht auf Unterstützung zu geben. (Sehr richtig b. d. Soz.) Die Forderung der Prüfung des Anspruchs muß fallen, dem Arbeiter muß der Rechtsanspruch gesichert, dem Arbeitslosen eine angemessene Unterstützung gewährleistet werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Es ist nun die Frage zu stellen: wer soll Träger der Versicherung sein? Aus den Worten des Ministers konnte man heraus hören, daß die heutige Organisation der Arbeitsvermittlung nicht ganz zu dem Rahmen dieses Gesetzes paßt. Aber Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung müssen in engste Verbindung zueinander gebracht werden. Zu diesem Zwecke müssen aber die Einrichtungen der Arbeitsvermittlung und deren Leitung mehr als bisher dem Einfluß der Arbeiter unterstellt werden. Die Kosten dafür werden zu zwei Dritteln von den Arbeitern, zu einem Drittel aus dem Arbeitsvertrag ausgebracht, aber entscheidenden Einfluß und entscheidende Mitbestimmung haben die Arbeiter nicht und auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen sie es nicht erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Den entscheidenden Einfluß soll den Dienstaufsichtsbehörden auch künftig vorbehalten bleiben. Nach der Reichsverfassung sollen die Arbeiter vor den Folgen wirtschaftlicher Krisen geschützt werden, auch die Durchführung solcher Gesetze soll unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten geschehen. Nach dem vorliegenden Entwurf sind die Kosten vorwiegend von den Arbeitern zu tragen, auch die Beiträge, die das Reich gibt, oder aus sonstigen öffentlichen Mitteln fließen, sind volkswirtschaftlich betrachtet, aus den Erträgen der Arbeit genommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Formulierung, die der Entwurf vorlegt, wird den Arbeitern aber nicht gerecht, sie genügt nicht den Ansprüchen, die wir zu stellen haben. Die Landesarbeitsnachweise, die die Träger der Versicherung sein sollen, sind keine Organe der Selbstverwaltung, in ihnen herrscht die Bürokratie.

Wir werden darauf bestehen, einen anderen Aufbau der Organisation zu schaffen, in der die Selbstbestimmung der Arbeiter die Sicherheit ist.

Wir fordern weiter, daß auch die Lehrlinge in die Versicherungspflicht einbezogen werden, wir wollen die Gefahr nicht noch vergrößern, die immerhin schon durch die übermäßige Lehrlingszuckerlücke entstanden ist. Wir sind auch nicht mit der Regelung der Unterstützung der Landarbeiter einverstanden. Man will wieder an dem alten Grundgesetz festhalten, daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft nicht in die Versicherung einbezogen werden soll, nämlich die, die auf Grund von Jahresverträgen oder mit Verträgen von unbestimmter Dauer eine Verpflichtung eingegangen sind. Es wird gesagt, daß das Arbeitsverhältnis der Landarbeiter gesicherter sei als das der Industriearbeiter. Dem widersprechen wir auf das entschiedenste. Auch deren Arbeitsmarkt gestaltet sich immer ungünstiger. Fragen Sie doch die Agrarier, wie auch in der Landwirtschaft die Technik fortschreitet. Da werden Sie hören, daß ein großer Teil der Landarbeiter durch die Technisierung und Mechanisierung ausgeschaltet wird. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter dürfen also in der Arbeitslosenversicherung nicht schlechter gestellt werden als die Industriearbeiter. Wir sind auch dagegen, daß die Versicherung für diese Kategorie in einen besonderen Rahmen gestellt werden soll, sie müssen in die zu schaffende Organisation einbezogen werden. Es trifft nicht zu, daß ein Teil der Landarbeiter sich für eine gesonderte Organisation ausgesprochen hat, soweit es die christlichen Arbeiter getan haben, hoffen wir, sie noch zu einer besseren Erkenntnis zu bringen, und auf die Meinung der gelben Arbeiter ist überhaupt nichts zu geben. Wir wenden uns weiter dagegen, daß die Säugung der Versicherung durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung genehmigt werden soll. Warum diese Bevormundung auch bei der Anstellung der Personen, die doch das Vertrauen der Arbeiter haben sollen. Hier müssen die Versicherten die Entscheidung haben.

Nun zu den Unterstützungsgeldern. Sie müssen so hoch sein, daß die Existenz der Arbeitslosen gesichert ist. Im Verlauf der Reichsgesundheitswoche ist eine Schrift herausgegeben worden, die ein Rezept für ausreichende Ernährung enthält. Die Deutsche Postgewerkschaft hat eine Berechnung aufgestellt, wieviel dazu gehört, um die Kosten für den Nahrungsaufwand nach diesem Rezept zu bestreiten. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß 35 Mark dazu notwendig sind. Der Redner zeigt aber an einer Reihe von Beispielen, daß nach der Vorlage Unterstützung gezahlt werden sollen, durch die dieser Aufwand nur zum kleinsten Teile bestritten werden könnte. Die Höhe der Unterstützungstarifs müssen also unbedingt erhöht werden. Auch die Bestimmungen über die Krisenfürsorge, d. h. die Unterstützung derjenigen, die länger als 26 Wochen unterstützt worden sind oder den Anspruch auf Unterstützung noch nicht erworben haben, müssen wesentlich verbessert werden. Vor allem muß aus der Krisen-Bestimmung eine Ruhe-Bestimmung werden. Der Reichsarbeitsminister hat dieser Forderung schon zur Hälfte zugestimmt, wir werden bei den weiteren Beratungen auch noch die andere Hälfte aus ihm herausfordern. (Heiterkeit.)

Die Gewährung dieser Krisenfürsorge darf auch nicht von der Bedürftigkeitsfrage abhängig gemacht werden.

In der Begründung wird gesagt, daß nur in 5 Proz. aller eingereichten Anträge auf Unterstützung der Bedürftigkeitsnachweis als nicht erbracht bezeichnet worden ist. Von diesen 5 Prozent werden wohl bei näherer Prüfung auch noch vier Fünftel unterstützungsbedürftig gewesen sein. Diese geringe Zahl der zurückgewiesenen Anträge zeigt aber, daß der Unterstützungsnachweis überhaupt beiseite gelassen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Zwang zur Pflichtarbeit, der heute in den meisten Fällen nur zu Schikanierungen der Erwerbslosen führt, muß ausgeräumt werden. Wir werden diese und eine Reihe anderer Bedenken in der Kommissionsberatung zum Ausdruck bringen und dahin arbeiten, dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Form zu geben, die den Forderungen für die Erwerbslosen gerecht wird. Wir erwarten, daß die anderen Parteien unseren Forderungen diesmal zugänglicher sein werden, als es bei den letzten Beratungen der Erwerbslosenentwürfe der Fall war. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Gewährung dieser Krisenfürsorge darf auch nicht von der Bedürftigkeitsfrage abhängig gemacht werden.

In der Begründung wird gesagt, daß nur in 5 Proz. aller eingereichten Anträge auf Unterstützung der Bedürftigkeitsnachweis als nicht erbracht bezeichnet worden ist. Von diesen 5 Prozent werden wohl bei näherer Prüfung auch noch vier Fünftel unterstützungsbedürftig gewesen sein. Diese geringe Zahl der zurückgewiesenen Anträge zeigt aber, daß der Unterstützungsnachweis überhaupt beiseite gelassen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Zwang zur Pflichtarbeit, der heute in den meisten Fällen nur zu Schikanierungen der Erwerbslosen führt, muß ausgeräumt werden. Wir werden diese und eine Reihe anderer Bedenken in der Kommissionsberatung zum Ausdruck bringen und dahin arbeiten, dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Form zu geben, die den Forderungen für die Erwerbslosen gerecht wird. Wir erwarten, daß die anderen Parteien unseren Forderungen diesmal zugänglicher sein werden, als es bei den letzten Beratungen der Erwerbslosenentwürfe der Fall war. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

### Deutschnationale gegen Soz'apolitik.

Abg. Dr. Rademacher (Dnat. Vp.) erklärt als die Schicksalsfrage der Entwicklung in Deutschland, ob und in welchem Maße die Arbeitsbeschaffung durchzuführen ist. Die augenblickliche Notlage ist nur bei einer großzügigen Arbeitsbeschaffung zu überwinden. Dann wird auch die Ursache der großen materiellen und seelischen Not, unter der besonders die Unternehmerschaft leidet, beseitigt sein. Bei der Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse muß daran gedacht werden, daß zum sehr großen Teil mißgünstig die Einführung des Achtstundentages ist. Die Frage der Arbeitsbeschaffung ist eine Frage der Belebung des Binnenmarktes. (Zuruf: Also höhere Löhne.) Die Stärkung des Binnenmarktes durch Erhöhung der Löhne ist nur möglich, wenn dadurch die Preise nicht erhöht werden. Diese Voraussetzung ist aber nicht erfüllt, denn die Erfolge der Rationalisierung sind vorerst nur derart, daß dadurch die Wirtschaft lebensfähig gemacht wird. Der Zusammenhang von Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit ist nicht so einfach, wie es in der Debatte hingestellt wird. Es ist eine Unmöglichkeit, allen Schwankungen der Konjunktur durch abwechselnde Erhöhung und Verminderung der Belegschaft zu begegnen.

Die Durchführungsmethoden bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Nicht aber nach dem Interesse der möglichst großen Beschäftigung der Arbeitslosen.

Der Redner weist auf viele Mängel des vorliegenden Gesetzentwurfes hin, vor allem sieht er schwere Mängel bei der Staffelung der Unterstützungsbeiträge. Trotz all dieser Bedenken hält er den Gesetzentwurf für eine mutige Tat, die Behandlung dieses Entwurfs wird zeigen, daß die jetzige Regierungskoalition trotz der Einwände der Linksparteien eine erprießliche Arbeit für das Volksganze leisten wird.

Rädel (Komm.) bezeichnet eine Reihe von Behauptungen des Vorredners als platte Verkündungen der Arbeitslosen. Er gibt im folgenden einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage der letzten Jahre und weist darauf hin, daß die Versicherungen über Kommuniken genau mit den abgelaufenen Ereignissen übereinstimmen. Der Redner bezeichnet den vorliegenden Gesetzentwurf als einen der reaktionärsten der letzten Jahre.

Um 6 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag nachmittag 3 Uhr.

# Jahresabschluss im AEG.-Konzern.

## Sieben Prozent Dividende. — Generaldirektor Deutsch zur Lage.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Höhe der ausgeschütteten Dividenden um so weniger für die Gewinne einer Unternehmung besagt, je älter und je größer die Unternehmung wird. Der ausgewiesene Gewinn wird immer mehr das Ergebnis eines einfachen Rechengemisses, wie die Unternehmung in der Zukunft ihre Finanzierung durchzuführen gedenkt, und die Dividende ist ein Ergebnis rein geschäftspolitischer Überlegungen, wieviel man den Aktionären geben soll und welche Dividende man zweckmäßig gegenüber sonstigen Kapitalgebern ausweist. Die AEG. verteilte im Jahre 1926 7 Proz. Dividende. Sie hat 1925 6 und 1924 5 Proz. Dividende verteilt. Es scheint, daß sie es für zweckmäßig hält, nur Stufe für Stufe jenen Sätzen von 9 bis 15 Proz. sich anzunähern, die sie in der Vorkriegszeit verteilt hat. Leider gilt für die Geschäftsberichte der AEG. dasselbe: Er sagt, was die Verwaltung zu sagen für zweckmäßig hält und was diese bekanntzugeben für zweckmäßig hält, ist außerordentlich dürftig.

Besonders drastisch kommt das in der diesjährigen Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck. Ein Bruttogewinn wird überhaupt nicht ausgewiesen, ebensowenig Geschäftskosten und Steuern, was wenigstens im vorigen Jahr geschehen ist. Geschäftskosten und Steuern werden vorweg abgezogen, und ein Geschäftsgewinn von 14,67 Millionen ausgewiesen, aus dem nur noch die Abschreibungen mit 3,24 Millionen auf Anlagen und mit 1,02 Millionen auf das Darlehen der beiden Amerikaanleihen abgezogen werden. Es bleibt dann ein Reingewinn von 10,76 Millionen gegenüber 8,36 Millionen im Jahre 1925 und 7,22 Millionen im Jahre 1924. Ein durchaus schematisches Verfahren verrät auch die Bilanz. Die Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude und Fabriken) werden mit 73,41 gegen 63,27 Millionen etwas höher ausgewiesen

als im vorigen Jahr. Neu erscheint die Fabrikanlage in Treptow mit 4,77 und eine Fabrikanlage im Erzgebirge mit 1,93 Millionen, wozu die erstere im vorigen Jahr neu erworben und die letztere deshalb aufgemacht worden ist — wie Generaldirektor Deutsch verriet — (es steht aber auch nicht im Geschäftsbericht), weil im Erzgebirge billigere Arbeitskräfte zu haben waren. Der Posten Maschinen ist von 19,66 auf 20,94 Millionen erhöht. Wie der Geschäftsbericht ausführt, waren sämtliche Fabrikanlagen im vorigen Jahre mit 75 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Ueber die Höhe der Umsätze wird im Geschäftsbericht ebenfalls nichts ausgeführt, ebensowenig über die Veränderungen in der Belegschaft und über den Erfolg der Rationalisierungsmaßnahmen im einzelnen. In einer Pressegespräch hat Generaldirektor Deutsch aber gesagt, daß die Umsätze gegen das Vorjahr nicht gestiegen seien (im Jahre 1925 wurde von einer 50prozentigen Steigerung berichtet), daß die Aufträge der AEG. aber erheblich günstiger seien als im vergangenen Jahre. Wenn der Geschäftsbericht das vergangene Jahr als ein ungünstiges bezeichnet und die Umsätze gegen das Vorjahr nicht gestiegen sind, zugleich aber das vergangene Geschäftsjahr nach den Ausführungen von Dr. Deutsch schlechte Preise gebracht hat, dann wird man darauf schließen dürfen, daß zum mindesten der in nicht unerheblich größeren Beträgen ausgewiesene Reingewinn der Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb und damit den Mehrleistungen der Belegschaften zu verdanken ist.

Daß es der AEG. trotz des ungünstigen Geschäftsjahres sehr gut gegangen ist, zeigen auch die Betriebskosten in der Bilanz. Wenn man die von 0,35 auf 10,1 Millionen gestiegenen Wechselbestände den laufenden Forderungen von 88,09 Millionen hinzurechnet, so ergibt sich eine Steigerung der laufenden Außenstände von 85,09 auf annähernd 100 Millionen Mark. Die



..... und dann - nicht vergessen:

Suppen, Soßen, Salate, Gemüse werden beim Anrichten im Geschmack gekräftigt und verfeinert durch Zusatz einiger Tropfen

# MAGGI'S Würze.



Warenbestände sind von 88,07 auf 91,02 erhöht. Aus den Bankschulden des Vorjahres, die rund 30 Millionen betragen, sind in diesem Jahre keine Bankguthaben von über 3 Millionen Mark geworden. Ebenso sind die laufenden Schulden zurückgegangen, und zwar von 122,90 auf 107,26 Millionen. Man darf also ruhig die Vermehrung der Auslandsschulden von 42,00 auf 71,4 Millionen mit einrechnen bei der Feststellung, daß der Bilanzstatus der AEG nicht nur sehr viel stabiler, sondern auch sehr viel besser geworden ist. Natürlich sind in der Bilanz, abgesehen von den stillen Reserven in den Anlagen und Maschinen, sehr große stille Reserven und gewaltige Buchgewinne versteckt in den Posten Effekten und Beteiligungen, die nur von 95,66 auf 97,66 Millionen Mark erhöht sind, obwohl die Beteiligungen erheblich ausgedehnt wurden und noch kein Jahr so große Kursgewinne gebracht hat, wie das Jahr 1926. Man wird die stillen Reserven, die hier stehen und jederzeit mobilisiert werden können, auf einige 10 Millionen Mark schätzen dürfen. Die Verbesserung des Gesamtunternehmens, die das vergangene Jahr gebracht hat, kommt in der Erhöhung der Bilanzsumme von 365,96 auf 386,15 nicht entwertet zum Ausdruck.

Einiges Interessante sagt der Generaldirektor Deutsch immerhin in der gelegentlich der Bilanzveröffentlichung vorgenommenen Pressebesprechung. Rumelshurg, das der AEG mindestens für 20 Millionen Aufträge gebracht hat, wird bald, nachdem kurz vor Weihnachten 1926 die erste große Maschinenanlage in Betrieb kam, die zweite in Betrieb setzen. Die Bank elektrischer Werke, die von der AEG beherrscht wird, wird nach Dr. Deutsch jetzt wieder als Finanzierungsinstitut für die Errichtung von Kraftanlagen aufgegriffen und hat ihre künftige Kapitalerhöhung deshalb vorgenommen, um besonders in Latein- und Südamerika Konzeptionen zu erwerben und Werke zu erbauen, wie es die Bank für elektrische Werke früher in Deutschland gemacht hat. Von Mittel- und Südamerika verspricht sich die AEG, in der Zukunft ein außerordentlich großes Geschäft; besonders sei dort mit Rentabilitätsverhältnissen zu rechnen, wie sie im Vergleich mit Europa unerhörlieh seien. Deutschland stehe erst am Anfang des elektrotechnischen Aufschwungs, es sei noch ein außerordentlich großer Aufschwung der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland möglich und zu erwarten, wenn in Deutschland mehr verdient werde (wogu die AEG, auch ihrerseits mehr beitragen möge als bisher). Nach Deutschland gingen jetzt etwa zwei Drittel des gesamten Geschäftes, während ein Drittel auf das Ausland entfiel. Das Auslandsgeschäft ist also heute größer als in der Vorkriegszeit, wo das Ausland nur ein Viertel der AEG-Produktion aufnahm. Die Hamburger Wertenzusammenschlüsse hätten die deutsche Borsie selbständig erhalten, so daß nach wie vor die AEG-Großaktionär sei. Der hamburgische Staat habe für die Freilassung von Lohrerer der Deutschen Wert eine Entschädigung von 3 Millionen Mark gezahlt. Von der Gasfernversorgung befürchtet Generaldirektor Deutsch keine Schädigung der Elektrizitätsinteressen. Außerdem siehe die Ferngaswirtschaft noch in sehr weiter Ferne.

Sehr interessant waren die Bemerkungen Dr. Deutchs über Sowjetrußland. Er verspricht sich aus Sowjetrußland noch ein sehr großes Geschäft, und es wäre nur zu wünschen, daß England und Amerika sehr bald ihre Kapitalperre gegenüber Rußland aufheben würden. Er sehe keine Gruppe, die die gegenwärtige Regierung stützen könnte, und er halte es für dringend notwendig, mit der gegenwärtigen Regierung so stark ins Geschäft zu kommen, wie nur möglich. Er wünsche auch, daß die gegenwärtige Regierung am Ruder bleibe, weil das notwendig folgende Chaos schlimmer sei als die Bolschewisten. Daß die bolschewistische Regierung in Rußland Herrn Generaldirektor Deutsch so außerordentlich gut gefällt, mag sie in einem ganz bestimmten Sinne ehren. Ungewiß ist es aber, ob die westeuropäische Arbeiterschaft eine revolutionäre Regierung in demselben Sinne ehren möchte.

### Der neue Kurs in Deutschland.

#### Wie ihn die Lederindustriellen auffassen.

Einem niedlichen Beitrag dazu, wie unsere deutschen Unternehmer den Krieg als Ganzes und die Unternehmerprofite in Erinnerung behalten und wie der Rechtsstockkurs in Deutschland diese Erinnerung belebt hat, liefert das Organ der Lederindustriellen, „Die Lederindustrie“. Sie schreibt:

„Am übrigen sind die kriegerischen Ereignisse in der Welt — denn man kann tatsächlich wieder von solchen sprechen — geeignet, auch fördernd auf den Lederkonsum zu wirken. Wir haben auch aus diesem Grunde das größte Interesse daran, daß unser Anschluß an den Weltmarkt endlich lückenlos vollzogen wird.“

Deutscher hat selten der „Patriotismus und das nationale Bewußtsein“ der Industriellen die Maske gelüftet, als es hier geschehen ist. Aber auch sonst wittern die Herren von der Lederindustrie, und sicher nicht ganz mit Unrecht, für ihre kurzschichtigsten Tagesinteressen Morgenluft, besonders handelspolitisch. Auf der Tagung des Zentralvereins Deutscher Lederindustrieller knüpfte man an die politische Wendung im Regierungskurs Schutzollhoffnungen. Bis vor nicht allzu langer Zeit stand fast die gesamte Lederwirtschaft Deutschlands auf dem Boden des Freihandels, vornehmlich aber die lederverarbeitenden Industrien. Wir können aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum annehmen, daß man in der Schuh-, Lederwaren- und Treibriemenindustrie von dieser handelspolitischen Einstellung abkommen will.

Es mag zugegeben werden, daß namentlich der Lederwarenindustrie erhebliche Schwierigkeiten in ihren Abnehmerverhältnissen entstanden sind. Ferner ist bekannt, daß England seit einhalb Jahren an der Frage eines Schutzollens arbeitet. In Deutschland wird damit gerechnet, daß diese Bestrebungen abgelehnt werden. Trotzdem glauben wir kaum, daß die lederverarbeitenden Industrien Deutschlands der neuen Parole der Lederindustrie folgen werden, die auf Abwehrmaßnahmen gegen die Einfuhr von Auslandsleder und fertiger Lederwaren hinausläuft. Man begründet diese jegliche Stellungnahme mit gewissen Repressalien Deutschland gegenüber, ohne bestimmte Angaben darüber, in welchem Maße diese unfaire Konkurrenz gemacht wird. Wem Ansehen nach ist aber England damit gemeint.

Die Stimmungsmache darf aber auch als ein Bräutigam zu der am 11. Februar stattfindenden internationalen Konferenz der Lederindustriellen aufgefaßt werden. Jedenfalls möchte das deutsche Lederkapital dem Ausland „imponieren“, und zwar nach guter alter deutscher Unternehmermethode, indem man zwischen den Völkern durch Schutzzölle und Dumping scharfmacht. Vorkriegs kann man ja nichts; denn Kriege sind für das Lederkapital das beste Geschäft. Die lederverarbeitende Industrie wird sich die Politik ihrer Lieferanten zweimal zu bedenken haben.

### Wasserstraßenverwaltung durch das Reich.

Durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes ist jetzt entschieden, daß das Reich als Organisator und Verwalter der deutschen Wasserstraßen anzusehen ist, nachdem dies schon in der Reichsverfassung vorgesehen war, von den Ländern aber bestritten wurde. Das Reich beabsichtigt, die Länderbehörden auf die Reichsverwaltung zu übertragen. Ein Netz von bisher 166 Ortsbehörden soll demnach in zwölf Zentralstellen nach einheitlichen Gesichtspunkten organisiert werden, unter Beibehaltung von nur noch 122 Ortsbehörden. Das Reich erwartet für den bisher zur Verfügung stehenden Fonds von 150 Millionen eine wesentlich wirtschaftlichere

Verwaltung und man verspricht sich eine Ersparnis an persönlichen und sachlichen Ausgaben von jährlich etwa 2 Millionen Mark. Die Berechtigung soll durch eine Regierungsvorlage an den Reichstag eingeleitet und bis zum 1. April nächsten Jahres endgültig durchgeführt werden.

**Röpenicker Genossenschaftsbank.** Die bereits seit 1874 bestehende Röpenicker Bank a. G. m. b. H., eine der typischen „genossenschaftlichen Volksbanken“ des gewerblichen Mittelstandes aus dem Berliner Bezirk, legt jetzt, wiederum sehr frühzeitig, ihren Geschäftsabschluss für das Jahr 1926 vor. Die Spar- und Kontokorrent-Einlagen sind im letzten Jahre von rund 2,5 auf rund 7 Mill., ebenso sind die eigenen Mittel (Geschäftsanteile) auf rund 1,3 Mill. verdoppelt. Die Bilanzsumme ist von 4,37 auf 8,69 Mill. M. angewachsen. Der Umsatz hat sich von 109 auf 156 Mill. M. erhöht. Die Zahl der Mitglieder hat durch freiwilliges Ausscheiden und durch Ausschluß von „Inflationsschuldern“ von 3565 auf 2861 (mit zusammen 3546 Geschäftsanteilen) verringert. Der Reingewinn ist von 75 442 auf 132 788 M. gestiegen. Verteilt werden 10 Proz. Dividende gegen 15 und 20 Proz. in den Vorjahren. Unsere vorjährige Kritik, daß den kreditgebenden Mitgliedern mit billiger Kreditverföhrung mehr gedient ist als durch hohe Gewinne und Dividenden, hat also nur auf den Dividendenanspruch gewirkt, leider noch nicht auf die Gewinne selbst.

**Die Konzentration der Warenhäuser macht weitere Fortschritte.** Wie von der Leonhard-Lieg. A. G., Köln, mitgeteilt wird, hat sie von der Rudolf-Karstadt-A. G., Hamburg, fünf Warenhäuser erworben, die früher zum Emdenkonzern gehörten. Es handelt sich um die Firmen: Gebüder Kaufmann, Kachen, „Hammonia“, Kachen, A. Hermann, Hanau, A. Frankfurt, Krefeld und „Hammonia“, Rülheim-Ruhr. Damit dürfte der Hintergrund jener Gerüchte deutlich geworden sein, daß der Kölner Lieg-Konzern mit dem Hamburger Karstadt-Konzern in Interessengemeinschaftsverhandlungen stehe. Ein Akt des Interesses ausgleichendes wird in der Ueberlassung der fünf Emdenhäuser im west- und nordwestdeutschen Gebiet zweifellos erblickt werden müssen. Die Firma Karstadt hat die Emdengemeinschaft mit ihren 41 Häusern erst vor wenigen Monaten übernommen.

**Günstige Lage in der Schuh- und Lederindustrie.** Wie gemeldet wird, hat sich die Beschäftigung in der Schuhindustrie im Januar günstig entwickelt. Es liegen umfangreiche Aufträge vor, die eine ausreichende Beschäftigung bis zum Juni sichern. Es zeigt sich also, daß der Kampf der Schuhindustriellen gegen die Lohnerhöhung, soweit er sich auf die ungenügende Beschäftigung der Schuhindustrie stützte, falsch begründet und daß die Forderungen der Arbeiterschaft berechtigt waren. Auch in der Lederwaren- und Lederindustrie ist der Geschäftsgang gut. Die Lederindustrie insbesondere hat durch die starke Nachfrage der lederverarbeitenden Industrie ein ununterbrochen anwachsendes Geschäft.

**Kartellstreitigkeiten in der Tuchindustrie.** Das Kartell der Deutschen Tuchweber, die Tuchkonvention, steht seit einiger Zeit im Kampf mit verschiedenen Gruppen seiner Abnehmer, die hauptsächlich im Zentralverband der Herren- und Knabenleiderfabrikanten zusammengeschlossen sind. Von den Kleiderfabrikanten wird in der Hauptsache eine Verlängerung des Zahlungsziels und eine Erleichterung der sonstigen Zahlungsbedingungen gefordert. Als die Konfektionsfirmen damit nicht durchdrangen, haben sie gegen besonders rigoros vorgehende Webereifirmen vor kurzem einen stillen Boykott verhängt. Daraufhin hat die Tuchkonvention Gegenmaßnahmen erzwungen, die in einer Bezugssperre gegen sämtliche an dem Boykott beteiligten Firmen und in der verschärften Eintreibung von Forderungen auf dem Klagewege bestehen sollen. Eine Erleichterung der Zahlungsbedingungen für Lieferungen an die

Konfektionsindustrie ist kürzlich, wie das Fachblatt „Konfektionär“ meldet, in der Generalversammlung der Tuchkonvention abgelehnt worden, und zwar besonders deshalb, weil der Verband der Kammgarnspinnereien seinerseits den Tuchwebervereinen kein entsprechendes Entgegenkommen in dieser Frage gewährt.

**10 Proz. Dividende im führenden Nadelwerk.** Die Vereinigte Deutsche Nadelwerke A. G. in Schwerte berichtet für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr von einer erheblichen Abschloctung, die dazu zwang, den Betrieb einzuschränken und die Belegschaft zu vermindern. Im neuen Geschäftsjahr ist die Gesellschaft in großen und ganzen aber wieder, wie berichtet wird, gut beschäftigt. Der Rohgewinn stellt sich, nach Abzug der Fabrikationskosten und der Steuern, auf 2,51 Millionen Mark. Davon werden 399 905 M. für Generalkosten, 734 532 M. für (sehr hohe!) Abschreibungen, 80 000 M. für Rückstellungen auf soziale Fonds und 1 141 000 M. für Tantiemen und Dividenden beansprucht. Auf die 10,5 Millionen Stammaktien wird eine Dividende von 10 Proz. (im Vorjahr 12 Proz.) verteilt. Die Bilanz ist wieder recht günstig; die Zugänge aus den Anlagefonten (mit 882 835 M.) werden fast völlig durch Abschreibungen ausgeglichen. Die Warenvorräte sind von 3,18 auf 2,28 Millionen Mark, die laufenden Schulden von 2,34 auf 1,53 Millionen Mark zurückgegangen, während sich die eigenen Forderungen (einschließlich Bankguthaben) von 5,30 auf 5,79 Millionen Mark erhöht haben.

**Polen und das europäische Rohstoffkartell.** In den kommenden Düsseldorf-Verhandlungen des internationalen Rohstoffkartells soll auch über die Aufnahme der polnischen Hütten- und Stahlwerke in das Kartell beschlocten werden. Die polnischen Eisenindustriellen haben nun ihre Forderungen angemeldet. Sie verlangen für ihre dreizehn oberösterreichischen und polnischen Werke eine Quote, die den Produktionsziffern von 1913 entsprechen, mit einem Zuschlag von 20 Proz. Da diese Produktion rund 1,72 Millionen Tonnen betrug, ist die von den polnischen Werken geforderte Quote auf nicht ganz 2 Millionen Tonnen einzuschätzen. Interessant ist die weitere Forderung, daß den polnischen Werken der übrige Markt Polens auch insoweit garantiert werden soll, daß eine Ueberföhrung der Quote insoweit der Steigerung des Inlandsbedarfes nicht zu Zahlungen an die Ausgleichskasse führen soll. Sowohl die Quotenfrage als auch insbesondere diese letzte Forderung dürften für den Eintritt Polens in das Kartell erhebliche Schwierigkeiten bereiten.

**Mexiko bezahlt seine Zinsen.** Das International Committee of Bankers on Mexico teilt mit, daß ihm die mexikanische Regierung nunmehr zugunsten der Schuldverdreißigungsaktion der direkten Staatsschuld den für das Jahr 1926 gemäß dem Abkommen vom Oktober 1925 fälligen Zinsbetrag in Höhe von 10 692 845 Dollar überwiesen hat. In gleicher Weise hat die mexikanische Regierung dem International Committee of Bankers on Mexico den Betrag von 2 674 097 Dollar überwiesen, welcher die für die Bezahlung einer Jahresrate der vom mexikanischen Staat garantierten Eisenbahnanleihen erforderliche Summe darstellt. — Diese Mitteilung ist für die politische Stellung und Widerstandskraft Mexikos gegenüber den Vereinigten Staaten von höchster Bedeutung. Mexiko nimmt durch die pünktliche Schuldentzahlung den Vereinigten Staaten den wichtigsten Vorwand für politische Interventionen.

**Amerika und die europäische Rohstoffgemeinschaot.** „Daily Mail“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Gründer der Bethlehem-Stahl-Korporation, Schwab, in der dieser erklärte, Großbritannien sollte nach seiner Ansicht der großen europäischen Rohstoffgemeinschaot beitreten. Er erklärte jedoch, es würde für die Vereinigten Staaten unmöglich sein, einer solchen Vereinigung beizutreten. Selbst wenn Amerika dies wollte, so würde es nicht möglich sein, weil die Antitrustgesetze es nicht erlauben würden.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
**Achtung! Gürtler Achtung!**  
 Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Smalza-Berelshaus, Stollger Straße 128  
**Branchenversammlung der Gürtler.**  
 Tagesordnung: 1. Das Kartell und seine Bedeutung. Referent: Rudolf Denckel, 2. Branchenangelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert.  
 Es wird das Erscheinen jedes Branchenangehörigen erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**  
**Grippe Schutz und Hilfe**  
**Gralfix** sofort durch nicht fettende Einreibung M. 1,50  
**Laboratorium Gralchen, Leipzig, Roßstraße 12.**



**Kahlbaum Edel**  
 der große deutsche Weinbrand ebenbürtig französischem Cognac

**So - gerade wie neusicht das Gewebe in 100 facher Vergrößerung nach 50 maligem Waschen mit Suma aus!**

Sie schauen durchs Glas und staunen, daß sich nach noch so häufigem Waschen mit Suma nicht die geringste Schädigung des Gewebes zeigt. Das ist der große Vorzug dieses neuartigen Waschmittels, das im Kessel einen lebendigen Strom von Millionen Seifenbläschen erzeugt, die allen Schmutz behutsam aus dem Gewebe lösen. Durch seine eigenartige Zusammensetzung übertrifft Suma an Reinigungskraft alle anderen Waschmittel. Kaufen Sie schon heute Suma für Ihren nächsten Waschttag! Jeder Zusatz wäre Verschwendung, denn die Suma-Waschwirkung ist vollkommen und läßt sich durch nichts mehr steigern.

Preis 50 Pfg.  
**„Sunlicht“ Mannheim**  
**SUMA wäscht allein und schont alle Gewebe!**



## Die Geschichte vom toten Esel.

Eine japanische Sage.

Von Post-Becker, amerikanischer Botschaftsrat in Tokio.

In der Provinz Honan lebte einst ein Bozu (Priester) fromm und gottgefällig als Pfleger eines kleinen Tempels, mitten in einem blühenden Hain. Der Tempel war erbaut worden über den irdischen Resten eines Heiligen, dessen Frömmigkeit so groß gewesen war, daß sein längst zu Asche gewordener Leib noch heute Wunder verrichtete. Darum genoß die heilige Reliquie die höchste Ehrfurcht aller Lebenden bis zu drei Tagesreisen im Umkreis. Der Bozu selbst war lange Zeit nahe daran, heilig gesprochen zu werden, so sünderlos lebte er. Aber durch seine unaufhörlichen Gebete, durch die Asche, durch sein Aufstehen, bevor der Morgen graute, und durch alle die anderen frommen Bräuche hatte sich Schwäche seiner Glieder bemächtigt, so daß man ihn euren jungen Schüler zur Unterstützung gab und einen weissen Esel, auf dem der Jünger, wenn es nötig, kurze Reisen für ihn unternahm.

Hinter dem Tempel befand sich der heilige Schrein, und durch das Gitterwerk aus Filigran, das ihn beschützte, preßten die Betenden häufig ihre Hände hindurch, um die Steinplatte, die die heiligen Glieder bedeckte, zu berühren, damit ihre Seele vor einer der hunderttausend menschlichen Sünden befreit würde. Es ging zudem in allen Provinzen der Umgegend das Gerücht, die wunderwürdige Macht des Heiligtums habe den Körper des Bozu so geweiht, daß die demütige Berührung seines profanen Gewandes schon Linderung von mancherlei Schmerzen brachte. Die also Geheilten zögerten nicht, köstlichen Saft, wilde Enten, geröstete Ferkel und süße Früchte dem Tempel zu spenden, so daß der Altar und des Bozus Vorratskammern von Dankopfern überfließten.

Nun brach einmal in der Provinz Honan eine Hungersnot aus, und selbst die Buhfertigkeiten und die Demütigkeiten konnten nicht mehr so viele Opfer bringen und lüster Qualen des Hungers. Des Bozus Schüler aber, der vordem gut genährt und allezeit fröhlich gewesen war, magerte bis zur Dürre eines Storchensbeines ab und wurde schwach wie dreimal verdünnter Saft, während der Bozu wohlgenährt und rund bleib wie eine ausgestopfte Maus. Da geschah es eines Morgens, daß dem Jüngling während der Gebetsstunden dunkel vor den Augen wurde, er darob seiner Weihen vergaß und also sprach: „Oh, mein ehrwürdiger Vater, wäre doch meine Heiligkeit so groß wie die eure! Denn sie allein ist es, die euch gestattet, soviel Fleisch auf euren ertauhten Knöcheln zu behalten, ohne daß ihr das Notwendigste zu euch nehmt.“

„Mein Sohn,“ erwiderte der Bozu, „ich berühre dreimal am Tage die Steinplatte hinter dem Altar, die die heiligen Gebete bedeckt und dieses allein erhält meinen jüngerlichen Leib.“

Der Jüngling hörte ihm aufmerksam zu, und in dieser Nacht, als er um die Stunde des Ochsen noch immer schlaflos auf seiner Binsenmatte lag, und sein leerer Leib ihm keine Ruhe ließ, sagte er zu sich: „Ich will die heilige Reliquie versuchen. Vielleicht hält ihre Kraft auch meinen jüngerlichen Leib aufrecht.“ Und er kroch bis hinter den Altar, warf sich in den Staub und streckte seine strahlende Hand aus, um ehrfürchtig den Grabstein zu berühren. Da fühlte er hinter dem Gitter eine Kürbisflasche. Er zog sie heraus und öffnete sie, die zu seinem Erstaunen mit feinstem Saft gefüllt war.

„Bei allen Heiligen!“ rief er aus. „Jetzt verstehe ich, wodurch mein Herr sich seinen Umfang erhält. Trotzdem er Moya auf seinem Haupte verbrennt und aller Fleischlust entloht hat, ist er das geweihte Fleisch und trinkt den Wein, der dem Heiligen geopfert wird. Nun denn, was dem Pferde gut tut, ist auch gut für das Fohlen!“ Damit schob er die Flasche an den Mund und tat einen Zug, so tief wie seine Begierde. Dann kroch er zu seinem Lager zurück und schlief traumlos, bis sein zuverlässiges Gedächtnis ihn weckte. Er erhob sich und ging eilends zu dem Schrein zurück, um sich neue Lebenskraft an der gleichen Quelle zu holen. Neben dem Schrein aber lag schon der Bozu beim Schein einer Kerze und hielt die nahezu geleerte Flasche mit seinen Händen umklammert.

„Mein Sohn,“ sagte der Schneehäuptling, „die Zeit ist gekommen, da die Einfälle aus unserem Tempel und beide nicht mehr ernähren. Nimm darum meinen Segen und ziehe von dannen, wohin du immer willst, und da ich für meinen weissen Esel keine Verwendung mehr habe, so nimm ihn mit dir. Die Distanz am Wegweiser sind das Futter für ihn. Du aber suche dir eine Provinz aus, die gleichen Schritt mit deinen Talenten halten kann.“

Damit zog er die letzten Tropfen aus der Flasche, sank auf die Matte und schlief wie ein Kind auf der Mutter Rücken, während der Schüler, da die Morgenröte schon den Himmel malte, seiner Kochtiegel in die Steppdecke schürzte, das Bündel seines Esel um den Hals band und davon ritt, ohne zu wissen, wohin.

Er wanderte sieben Sommermonate weit, bis demütig um seinen täglichen Reis, und der Esel fraß die Kräuter am Wege. Eines Tages aber verschlang er eine Giftpflanze mit, die zwischen den Nistern stand, so daß er bald darauf zu zittern anfang, in die Knie sank und seinen letzten Atem aushauchte. Zu diesem großen Unglück konnte der Priester nichts tun, als sich auf die Erde werfen, die Hände ineinander schlagen und allen Göttern seinen Jammer vortragen. Während er noch so im Staube lag, kam zufällig ein Mann vorbei, der an seinen Kleidern die Abzeichen eines Schwachsinners trug, blieb neben ihm stehen und hörte ihm eine Zeitlang zu. Dann erhob er seine Stimme zu einem höhnischen Geschnatter:

„O Wunder aller Wunder!“ sagte er. „Ein Priester ohne Auditorium! Und der doch betet. Ein Laugesch, das seinem eigenen Trank nicht mißtraut. Wahrhaftig, ihr solltet doch der Schwachsinne und ich der Bozu sein. Gebt mir eure Stole und nehmt dafür meinen bunten Kragen, damit ich euch lehren kann.“

Der Priester aber jammerte: „Was solltet ihr mich lehren? Die Götter können meinem armen Tiere das Leben nicht zurückgeben.“

„Welcher von uns beiden ist der Narr?“ schrie der andere. „Sieh dich um! Du bist in einer Provinz, in der jeder überfließen, wo die Männer satte Bäuche haben, und die Frauen fromm sind und heiligen Männern zugehen. Da du siehst, daß das Leben von deinem Tier geliehen ist, dumme dich und suche deinen Unterhalt von dem Beschnitten zu gewinnen.“

„Du Einfältiger!“ antwortete der Priester. „Wie sollte das zugehen?“ Und er fuhr fort, über sein Unglück zu jammern. Der Einfältige aber ließ nicht ab ihn zu verhöhnen.

„Jammeregestalt!“ sagte er. „Nimm, ich uns die Kleider tauschen. Leg deine Stole ab und nimm meinen Kragen, damit ich dich dein Geschäft lehren kann.“

Da zog der Priester seinen Rock aus und gab ihn dem Schwachsinneigen und dieser gab ihm seinen Kragen. Dann ging der Bozu

## v. Keudell beschwört seine Unschuld.



„Frei, frei, — die Brücke kommt!“

ein Stück des Weges und setzte sich auf die Butzen einer Cryptomeria, um zu beobachten, was der andere tun würde. Und siehe, nachdem dieser einen Erdhügel über den Leib des toten Esels errichtet hatte, warf er sich mitten im Wege auf die Straße und begann, seine Stirn im Staube, laut alle Heiligen anzurufen.

„Baka!“ sagte der Bozu endlich, „der Esel ist tot genug. Warum sollst du deine Gebete mehr ausrichten, als die meinen?“

„Du Dummkopf!“ antwortete der Einfältige, „wo hast du gelernt?“ Und er fuhr mit seinem lauten Beien fort.

Als nun Wanderer am Wege vorbei kamen, brach er mit seinen Beiflagen ab und rief ihnen zu: „Hört ihr Leute! Wollt ihr aller Leiden im kommenden Leben entgehen? Dann opfert ein paar Münzen, damit ich einen Schrein über den Leib dieses Ratelosen errichten kann.“

„O du Bidschnitter!“ schrie der junge Priester, als die Wanderer weitergegangen waren und ihre Münzen geopfert hatten, „denkst du nicht mehr daran, daß hier ein Esel und kein Heiliger liegt?“

Darauf antwortete der Einfältige: „Ich kann es mit soviel Dummheit nicht mehr aushalten. Deine Priesterrobe und nicht mein Kragen ist das Abzeichen für Schwachsinne. Gib mir meine Sachen wieder, ich will weiter wandern und meine Weisheit nicht länger an einen Dummkopf verschwenden.“ Damit warf er Knie und Stole ab, nahm seinen Kragen und ging davon.

(Schluß folgt.)

## Existiert der Lichtdruck?

Von Dr. W. Hamu.

Seit Heinrich Herz in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Existenz der von Maxwell vorausgesehenen elektrischen Strahlen nachwies, woraus sich die drahtlose Telegraphie und Telephonie entwickelte, wurde die Elektrizitätslehre sowie die Elektrodynamik von der Maxwell'schen Theorie uneingeschränkt beherrscht. Auch die infolge späterer Entdeckungen entwickelte Elektronentheorie sollte die Maxwell'sche Theorie doch in einer bestimmten Richtung ergänzen, nicht sie widerlegen. Dieser Zustand der unangewandelten Herrschaft einer einzigen Theorie verleitete die Physiker natürlich nicht, nach Bestätigungen oder Widerlegungen zu suchen. Eine der interessantesten Folgerungen aus der Maxwell'schen Theorie war nun die Existenz des Lichtdruckes, d. h. die Notwendigkeit, daß das scheinbar ganz immaterielle Licht eine Druckwirkung auf die von ihm getroffene Materie ausübt. Lange Zeit gelang es nicht, das Vorhandensein dieses Lichtdruckes experimentell nachzuweisen. Das konnte darauf zurückgeführt werden, daß er außerordentlich klein ist, so klein, daß er von den stets vorhandenen Schwerkraftwirkungen überdeckt wird. Man mußte deshalb suchen, solche Teilchen herzustellen, die klein genug waren, daß die Wirkung des Lichtdruckes größer wurde als die der Schwere. Die Schwere hängt vom Rauminhalt eines Teilchens ab, d. h. bei einer Kugel nach einer bekannten Gleichung der Schulmathematik von der dritten Potenz des Radius. Der Lichtdruck dagegen ist der Größe der vom Licht getroffenen Oberfläche proportional, also dem Quadrate des Radius. Geht man von einem Kugeldchen bestimmten Durchmessers aus und verkleinert ihn auf die Hälfte, so wird sein Rauminhalt ein Achtel des vorigen, während seine Oberfläche immer noch ein Viertel der zuerst vorhandenen bleibt. Die Schwerkraft nimmt also sehr viel schneller ab als der Lichtdruck, und man muß bei immer weiter getriebener Verkleinerung schließlich mal zu einem Punkte kommen, an dem der Lichtdruck überwiegt. In der Tat gelangte man auf diesem Wege zum Ziel. Außerordentlich kleine Teilchen sind z. B. die in der Physik öfters verwendeten Bärappellen, Schwefel in gewissen Modifikationen und Desiröpschen im Wasser. Der russische Physiker Lebedew erreichte als erster, den Lichtdruck wirklich zu sehen. Er konnte herumtriebenden Bärappellen durch einen darauffallenden Lichtstrahl geradezu zur Seite treiben. Später wurden diese Versuche von vielen anderen Physikern wiederholt, immer mit Erfolg.

Aber es zeigte sich dabei etwas Seltsames, man fand viel mehr, als man gesucht hatte, nämlich außer dem Lichtdruck noch einen Lichtzug. In manchen Fällen wanderten die Teile dem Lichtstrahl entgegen, anstatt in seiner Richtung. Hierfür fehlte zunächst völlig die Erklärung. Die Gelehrten suchten sie in der Richtung, daß bei einem bestimmten Radius der Teilchen sich ein Umkehrpunkt ergeben, d. h. der Lichtdruck negativ werden sollte. Alle Untersuchungen auf Grund dieser Annahme waren aber erfolglos und mußten es auch bleiben, weil die somit so wohl bestätigte Maxwell'sche Theorie

gar keinen Anhaltspunkt dafür lieferte. Man stand dann vor der Wahl, alles was man bisher auf Grund dieser Theorie als Lichtdruck experimentell gefunden hatte, für einen Spul, Folge ungenauer Messanordnungen oder dergleichen anzusehen, oder die beobachteten Erscheinungen für wahr, die Theorie aber für ganz falsch zu halten. Beides wäre von sehr weittragenden Folgen für unser wissenschaftliches Weltgebäude gewesen. Neuerdings hat indessen ein indischer Gelehrter, Satyendra Ray, eine Theorie aufgestellt, die die Maxwell'sche so ergänzt, daß sie nun alle Erscheinungen umfaßt. Er stellt die Erscheinungen des Lichtdruckes in Analogie zu dem Aufsteigen eines Wasserstoffballons entgegen der Anziehung der Erde. In der bisherigen Theorie war das die keinen Teilchen umgebende Mittel (Gas oder Flüssigkeit) ganz vernachlässigt worden, obwohl es doch klar ist, daß das Licht z. B. auf die Moleküle des Gases eine noch viel energiereichere Wirkung haben muß als auf die darin schwimmenden Teilchen. Satyendra Ray wies nun nach, daß der ursprüngliche Effekt immer ein Zug ist, und daß lediglich die Gasmoleküle in bestimmten Fällen stärker angezogen werden als die materiellen Teilchen, so daß diese von der Lichtquelle scheinbar abgestoßen werden, gerade so wie ein Ballon von der Erde. Damit ist eine für das bestehende wissenschaftliche System fast grundlegende Frage in recht befriedigender Weise gelöst. Uebrigens spielt der Lichtdruck in der Natur eine sehr große Rolle, eine viel größere, als man gewöhnlich annimmt. Die der Sonne stets abgewandte Stellung der Kometenschweife ist lediglich auf die Druckwirkung des Lichtes zurückzuführen. Die Sonne und die fixsterne selbst befinden sich in ihrem Innern in einem Gleichgewichtszustande zwischen den einander entgegengerichteten Wirkungen von Schwerkraft und Lichtdruck, woraus sich auch, wie der englische Astronom Eddington nachgewiesen hat, die bestrebliche Larkabe erklärt, daß alle bekannten Sterne nahezu gleich viel Masse enthalten. Es ist eben diejenige Masse, bei der gerade dieser Gleichgewichtszustand eintritt. Für die Astronomen wäre es also sehr fatal gewesen, wenn sie ihre ganzen Theorien hätten über den Haufen werfen müssen.

**Stimme und Sexualität.** Schon im Altertum war man sich darüber klar, daß es einen Zusammenhang zwischen Stimme und Sexualität geben müsse, dennoch ist es erst den Forschungen des Leipziger Stimmphysiologen Meissel (1922) und, in jüngster Zeit, den Beobachtungen des Leipziger Kunststimmungsmeisters Friedrich Leopold gelungen, die für die Gesangskunst so wichtige Bedeutung dieses Zusammenhangs aufzuklären. Es wird nachgewiesen, daß als das Ärgern der menschlichen Singstimme das „Hormon“ benannte Produkt der inkretorischen Drüsen, nämlich der Schilddrüse, Hypophyse usw. zu betrachten ist. Denkt man sich nun die Stimmorgane von diesem Gesichtspunkt aus als Teile einer Brust- und Rervenschleimhaut, so geben, wie Professor Koffert (Dax in Böhmen) die Ergebnisse dieser Untersuchungen erklärt, die Rerven den Antrieb, die Nahrungsmittel die Heizung und die Hormone die Deutung dieser Maschine. Und wie eine Maschine bei mangelhafter Deutung inarzt, so erscheint auch die Tonproduktion bei dürftiger Hormonzufuhr mangelhaft und dem Ohre keineswegs angenehm. Ein ganz anderes Bild gibt der menschliche Stimmapparat bei reichlichem Hormonzufuhr. Alle technischen Schwierigkeiten erscheinen wie durch ein Wunder aufgehoben; stockt jedoch aus irgendwelchem Grund der Hormonzufuhr, so sind die auf physiologischer Ursache beruhenden technischen Hindernisse plötzlich wieder vorhanden, und auch die reifste Kunst ist nicht imstande, sie zu beseitigen. Schon wie Meissel, so führt auch Leopold gewisse Stimmstörungen auf unvollkommene Mutation während des Wachstums bis zur Pubertät zurück. Die sogenannten Stimmrisen, die jede auf halber Entwicklungsstufe stehengebliebene Stimme durchzumachen hat, um zur echten Sängerstimme zu gelangen, sind demnach zum großen Teil nachgehaltene Mutationen.

Die Hauptanregung für eine gesunde Drüsenfunktion gibt der nervus sympathicus, deshalb wird als oberstes Gebot für den Sänger gefordert: innere Freude, innere Bewusstheit, denn nur so, wenn der Sänger „in Stimmung“ ist, leidet der „Urater aller Rerven“, der Sympathicus, seine Signale nach den inkretorischen Drüsen und feuert diese zu geregelter oder erhöhter Tätigkeit an. Denn diese Drüsenstoffe werden dem Blute sofort beigemischt und lösen dann diese beschwungene Wirkung, diesen Zustand von Verzücktheit aus, der des Sängers höchsten Lohn ausmacht. Es muß indes auch erwähnt werden, daß längere intensive Gehirntätigkeit die Erregbarkeit der inkretorischen Drüsen vermindert; daher mag es wohl auch kommen, daß jene Sänger, die sich, oft ganz ohne jeden geistigen Untergrund, allein auf ihr Gefühl verlassen, es häufig weiterbringen als die Intellektuellen, die glauben, mit dem Verstand ihre gesangskünstlerische Lebensarbeit verrichten zu können.

\*) Ein besonderes Kleidungsstück, einem Kragen ähnlich, den die Geistesgestörten im alten Japan tragen mußten.



